Deutscher Bundestag **Drucksache 18/7455**

18. Wahlperiode 03.02.2016

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 28. April 2015 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die polizeiliche Zusammenarbeit und zur Änderung des Vertrages vom 2. Februar 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 und die Erleichterung seiner Anwendung

A. Problem und Ziel

Mit dem in Prag am 28. April 2015 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die polizeiliche Zusammenarbeit und zur Änderung des Vertrages vom 2. Februar 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 und die Erleichterung seiner Anwendung (BGBl. 2001 II S. 733, 735) wird das Ziel verfolgt, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Polizei- und Zollbereich fortzuentwickeln und zu erweitern. Der Vertrag stellt eine Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik im Rahmen der bestehenden bi- und multilateralen Verträge sowie der Übereinkommen und Rechtsakte im Rahmen der Europäischen Union dar.

B. Lösung

Durch das Vertragsgesetz sollen die Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für das Inkrafttreten des Vertrages geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Mehrausgaben sowie ein entsprechender Mehrbedarf an Stellen beziehungsweise Planstellen sollen finanziell und stellenmäßig im jeweiligen Einzelplan ausgeglichen werden.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Für Bürgerinnen und Bürger entsteht kein Erfüllungsaufwand.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Für die Wirtschaft entsteht kein Erfüllungsaufwand.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Der Verwaltung entsteht kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand.

F. Weitere Kosten

Sonstige Kosten, insbesondere für die Wirtschaft und die sozialen Sicherungssysteme, entstehen nicht. Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, 3. Februar 2016

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

> Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 28. April 2015 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die polizeiliche Zusammenarbeit und zur Änderung des Vertrages vom 2. Februar 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 und die Erleichterung seiner Anwendung

mit Begründung und Vorblatt (Anlage).

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium des Innern.

Der Bundesrat hat in seiner 941. Sitzung am 29. Januar 2016 beschlossen, gegen den Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes keine Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen

Angela Merkel

Entwurf

Gesetz zu dem Vertrag vom 28. April 2015 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die polizeiliche Zusammenarbeit und zur Änderung des Vertrages vom 2. Februar 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 und die Erleichterung seiner Anwendung

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Prag am 28. April 2015 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die polizeiliche Zusammenarbeit und zur Änderung des Vertrages vom 2. Februar 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 und die Erleichterung seiner Anwendung (BGBl. 2001 II S. 733, 735) wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesregierung wird ermächtigt, Durchführungsvereinbarungen nach Artikel 34 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 6 Absatz 3 des in Artikel 1 dieses Gesetzes genannten Vertrages durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen.

Artikel 3

Die Bundesregierung wird ermächtigt, Änderungen des Geschäftsweges nach Artikel 19 Absatz 1 Satz 4 und 5 sowie nach Artikel 20 Absatz 4 sowie der Einsatzgebiete nach Artikel 21 Absatz 5 des Vertrages vom 2. Februar 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 und die Erleichterung seiner Anwendung (BGBl. 2001 II S. 733, 735), der durch Artikel 31 des in Artikel 1 dieses Gesetzes genannten Vertrages geändert worden ist, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 37 Absatz 1 Satz 3 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag ist Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes anzuwenden, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Absatz 1 Satz 6 des Grundgesetzes erforderlich, weil der Vertrag im Bereich der Gefahrenabwehr auch das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden regelt und insoweit für abweichendes Landesrecht keinen Raum lässt.

Zu Artikel 2

Auf Grund der Verordnungsermächtigung sollen nach Artikel 34 Absatz 1 des Vertrages geschlossene Durchführungsvereinbarungen zu Artikel 6 Absatz 3 des Vertrages durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates in Kraft gesetzt werden können. Nach Artikel 1 Absatz 1 Satz 3 des Vertrages arbeiten die Vertragsstaaten auch bei der Aufklärung von Ordnungswidrigkeiten im Zuständigkeitsbereich der Polizei- oder Zollbehörden zusammen. Die Bedingungen für die Übermittlung und Erledigung von Ersuchen in Bezug auf Taten, die in beiden Vertragsstaaten als Ordnungswidrigkeiten einzuordnen sind, sollen nach Artikel 6 Absatz 3 des Vertrages in einer Durchführungsvereinbarung näher ausgestaltet werden. Dies umfasst insbesondere Regelungen über die zuständigen Behörden, den Geschäftsweg sowie mögliche Beschränkungen des Umfangs der Zusammenarbeit, abhängig von der Art der Tat, der Schwere der Tat oder der zu erwartenden Höhe der Sanktion.

Zu Artikel 3

Durch die Verordnungsermächtigung sollen Änderungen des Geschäftsweges nach Artikel 19 Absatz 1 Satz 4 und 5 sowie nach Artikel 20 Absatz 4 sowie der Einsatzgebiete nach Artikel 21 Absatz 5 des Vertrages vom 2. Februar 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 und die Erleichterung seiner Anwendung durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates in Kraft gesetzt werden können.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem der Vertrag nach seinem Artikel 37 Absatz 1 Satz 3 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkungen

Der Vertrag verfolgt das Ziel, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik im Polizei- und Zollbereich vor allem in grenznahen Gebieten weiter zu verbessern und zu stärken. Damit wird die Kriminalitätsbekämpfung verbessert und die Sicherheit der Bevölkerung erhöht.

Mehrausgaben sowie ein entsprechender Mehrbedarf an Stellen beziehungsweise Planstellen sollen finanziell und stellenmäßig im jeweiligen Einzelplan ausgeglichen werden. Erfüllungsaufwand für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Wirtschaft und für die Verwaltung fällt nicht an. Sonstige Kosten, insbesondere für die Wirtschaft und die sozialen Sicherungssysteme, entstehen nicht; Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die polizeiliche Zusammenarbeit und zur Änderung des Vertrages vom 2. Februar 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 und die Erleichterung seiner Anwendung

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Tschechische Republik,

im Folgenden nur „Vertragsstaaten“ genannt –

in der Absicht, die gegenseitigen Beziehungen fortzuentwickeln und die Zusammenarbeit der für die Kriminalitätsbekämpfung zuständigen Behörden weiter zu vertiefen,

überzeugt davon, dass die internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität von wesentlicher Bedeutung ist,

mit dem Ziel, den grenzüberschreitenden Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung wirksam zu begegnen,

unter Beachtung ihrer internationalen Verpflichtungen und des Rechts der Europäischen Union,

im Hinblick auf die volle Anwendung des Schengen-Besitzstandes durch beide Vertragsstaaten und von dem Wunsch geleitet, den Schengen-Besitzstand für die gemeinsamen Beziehungen zu ergänzen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Vertragsgegenstand

(1) Die Vertragsstaaten arbeiten bei der Verhütung und Aufklärung von Straftaten sowie bei der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zusammen. Die Zusammenarbeit bei der Verhütung und Aufklärung von Straftaten umfasst auch die Fälle, in denen die Handlung in dem einen Vertragsstaat als Straftat und in dem anderen Vertragsstaat als Ord-

Smlouva mezi Spolkovou republikou Německo a Českou republikou o policejní spolupráci a o změně Smlouvy mezi Spolkovou republikou Německo a Českou republikou o dodatcích k Evropské úmluvě o vzájemné pomoci ve věcech trestních z 20. dubna 1959 a usnadnění jejího používání ze dne 2. února 2000

Spolková republika Německo

a

Česká republika

(dále jen „smluvní státy“)

s úmyslem dále rozvíjet vzájemné vztahy a dále prohlubovat spolupráci orgánů příslušných k boji s trestnou činností,

přesvědčeny, že mezinárodní spolupráce v boji proti přeshraniční trestné činnosti má zásadní význam,

s cílem účinně čelit přeshraničním nebezpečím pro veřejný pořádek a bezpečnost,

zohledňujíce své mezinárodní závazky a právo Evropské unie,

s ohledem na plné uplatňování schengenského acquis oběma smluvními státy a přejíce si doplnit schengenské acquis ve vzájemných vztazích,

se dohodly takto:

Článek 1

Předmět smlouvy

(1) Smluvní státy spolupracují při předcházení a objasňování trestných činů, jakož i při předcházení porušení veřejného pořádku a bezpečnosti. Spolupráce při předcházení a objasňování trestných činů zahrnuje i případy, kdy je jednání v jednom smluvním státě kvalifikováno jako trestný čin a ve druhém smluvním státě jako správní delikt. Smluvní státy dále

nungswidrigkeit zu qualifizieren ist. Die Vertragsstaaten arbeiten ferner bei der Aufklärung von Ordnungswidrigkeiten im Zuständigkeitsbereich der Polizei- oder Zollbehörden zusammen, soweit diese Zusammenarbeit nicht bereits nach dem Recht der Europäischen Union oder anderen völkerrechtlichen Übereinkünften erfolgt. Die Zusammenarbeit nach Teil I dieses Vertrages umfasst nicht die Leistung der Rechtshilfe in Strafsachen, die in den Zuständigkeitsbereich der Justizbehörden fällt.

(2) Teil II dieses Vertrages ändert den Vertrag vom 2. Februar 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 und die Erleichterung seiner Anwendung.

(3) Die Zusammenarbeit nach diesem Vertrag erfolgt in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht der Vertragsstaaten, soweit dieser Vertrag nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt. Die Zusammenarbeit erfolgt im Einklang mit dem Recht der Europäischen Union.

(4) Die rechtlichen Regelungen über die internationale Zusammenarbeit der nationalen Zentralstellen bei der Kriminalitätsbekämpfung, insbesondere im Rahmen der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (Interpol) oder des Europäischen Polizeiamtes (Europol), bleiben von diesem Vertrag unberührt.

spolupracují při objasňování správních deliktů v působnosti policejních nebo celních orgánů, pokud tato spolupráce již neprobíhá podle práva Evropské unie nebo jiných mezinárodních smluv. Spolupráce podle části I této smlouvy nezahrnuje poskytování právní pomoci ve věcech trestních, která náleží do působnosti justičních orgánů.

(2) Část II této smlouvy mění Smlouvu mezi Spolkovou republikou Německo a Českou republikou o dodatcích k Evropské úmluvě o vzájemné pomoci ve věcech trestních z 20. dubna 1959 a usnadnění jejího používání ze dne 2. února 2000.

(3) Spolupráce podle této smlouvy probíhá v souladu s vnitrostátními právními předpisy smluvních států, pokud tato smlouva výslovně nestanoví jinak. Spolupráce probíhá v souladu s právem Evropské unie.

(4) Právní úpravy týkající se mezinárodní spolupráce národních centrál v boji proti trestné činnosti, zejména v rámci Mezinárodní organizace kriminální policie (Interpol) nebo Evropského policejního úřadu (Europol), nejsou touto smlouvou dotčeny.

Teil I
Polizeiliche Zusammenarbeit

Kapitel I
Allgemeine Bestimmungen

Artikel 2
Behörden

(1) Die für die Zusammenarbeit nach diesem Vertrag zuständigen Behörden sind im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten

in der Bundesrepublik Deutschland

- das Bundesministerium des Innern,
- die Polizeibehörden des Bundes und der Länder,
- die Behörden der Zollverwaltung;

in der Tschechischen Republik

- das Ministerium des Innern,
- die Behörden der Polizei der Tschechischen Republik,
- die Generalinspektion der Sicherheitscorps,
- die Behörden der Zollverwaltung der Tschechischen Republik.

(2) Polizeibeamte im Sinne dieses Vertrages sind im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten

in der Bundesrepublik Deutschland

- Vollzugsbeamte der Polizeien des Bundes und der Länder,
- Bedienstete der Zollverwaltung;

in der Tschechischen Republik

- Angehörige der Polizei der Tschechischen Republik,
- Angehörige der Generalinspektion der Sicherheitscorps,
- Angehörige der Zollverwaltung der Tschechischen Republik.

(3) Die nationalen Zentralstellen im Sinne dieses Vertrages sind im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten

in der Bundesrepublik Deutschland

- das Bundeskriminalamt,
- das Zollkriminalamt;

Část I
Policejní spolupráce

Kapitola I
Obecná ustanovení

Článek 2
Orgány

(1) Orgány příslušnými ke spolupráci podle této smlouvy jsou v rámci svých kompetencí

ve Spolkové republice Německo

- Spolkové ministerstvo vnitra,
- policejní orgány Spolku a spolkových zemí,
- orgány Celní správy;

v České republice

- Ministerstvo vnitra,
- orgány Policie České republiky,
- Generální inspekce bezpečnostních sborů,
- orgány Celní správy České republiky.

(2) Policisty ve smyslu této smlouvy jsou v rámci svých kompetencí

ve Spolkové republice Německo

- výkonní příslušníci policií Spolku a spolkových zemí,
- pracovníci Celní správy;

v České republice

- příslušníci Policie České republiky,
- příslušníci Generální inspekce bezpečnostních sborů,
- příslušníci Celní správy České republiky.

(3) Národními centrálami ve smyslu této smlouvy jsou v rámci svých kompetencí

ve Spolkové republice Německo

- Spolkový kriminální úřad,
- Celní kriminální úřad;

in der Tschechischen Republik

– das Polizeipräsidium der Tschechischen Republik,
– Behörden der Polizei der Tschechischen Republik mit republikweiter Zuständigkeit,
– die Generalinspektion der Sicherheitscorps,
– die Generalzolldirektion.

(4) Zur unmittelbaren Zusammenarbeit in den Grenzgebieten berechtigte Behörden sind im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten auch

in der Bundesrepublik Deutschland

a) für die Bundespolizei
   – das Bundespolizeipräsidium,
   – die Bundespolizeidirektion München,
   – die Bundespolizeidirektion Pirna im Rahmen ihrer Zuständigkeit für das Gebiet des Freistaates Sachsen;
b) für den Zoll
   – das Zollfahndungsamt Dresden,
   – das Zollfahndungsamt München,
   – die Hauptzollämter
     – Dresden,
     – Erfurt,
     – Schweinfurt,
     – Nürnberg,
     – Regensburg,
     – Landshut,
     – Augsburg,
     – München,
     – Rosenheim;
c) im Freistaat Bayern
   – das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr,
   – die Präsidien der Bayerischen Landespolizei,
   – das Bayerische Landeskriminalamt,
   – das Präsidium der Bayerischen Bereitschaftspolizei,
   – das Bayerische Polizeiverwaltungsamt;
d) im Freistaat Sachsen
   – das Landespolizeipräsidium im Sächsischen Staatsministerium des Innern,
   – die sächsischen Polizeidirektionen,
   – das Landeskriminalamt Sachsen,
   – das Präsidium der Bereitschaftspolizei Sachsen,
   – das Polizeiverwaltungsamt Sachsen;

in der Tschechischen Republik

– die Bezirksdirektion der Polizei des Südböhmischen Bezirks,
– die Bezirksdirektion der Polizei des Bezirks Plzeň / Pilsen,
– die Bezirksdirektion der Polizei des Bezirks Karlovy Vary / Karlsbad,
– die Bezirksdirektion der Polizei des Bezirks Ústí nad Labem / Aussig,
– die Bezirksdirektion der Polizei des Bezirks Liberec / Reichenberg,
– das Zollamt für den Südböhmischen Bezirk,
– das Zollamt für den Bezirk Plzeň / Pilsen,
– das Zollamt für den Bezirk Karlovy Vary / Karlsbad,

v České republice

– Policejní prezidium České republiky,
– útvary Policie České republiky s celostátní působností,
– Generální inspekce bezpečnostních sborů,
– Generální ředitelství cel.

(4) Orgány oprávněnými bezprostředně spolupracovat v příhraničních oblastech jsou v rámci svých kompetencí také

ve Spolkové republice Německo

a) za Spolkovou policii
   – Prezidium Spolkové policie,
   – Ředitelství Spolkové policie Mnichov,
   – Ředitelství Spolkové policie Pirna v rámci své působnosti na území Svobodného státu Sasko;
b) za celní správu
   – Úřad celního pátrání Drážďany,
   – Úřad celního pátrání Mnichov,
   – hlavní celní úřady
     – Drážďany,
     – Erfurt,
     – Svinibrod,
     – Norimberk,
     – Řezno,
     – Landshut,
     – Augšpurk,
     – Mnichov,
     – Rosenheim;
c) ve Svobodném státě Bavorsko
   – Bavorské státní ministerstvo vnitra, výstavby a dopravy,
   – prezidia Bavorské zemské policie,
   – Bavorský zemský kriminální úřad,
   – Prezidium Bavorské pohotovostní policie,
   – Bavorský policejní správní úřad;
d) ve Svobodném státě Sasko
   – Prezidium zemské policie v Saském státním ministerstvu vnitra,
   – ředitelství saské policie,
   – Zemský kriminální úřad Sasko,
   – Prezidium pohotovostní policie Sasko,
   – Policejní správní úřad Sasko;

v České republice

– Krajské ředitelství policie Jihočeského kraje,
– Krajské ředitelství policie Plzeňského kraje,
– Krajské ředitelství policie Karlovarského kraje,
– Krajské ředitelství policie Ústeckého kraje,
– Krajské ředitelství policie Libereckého kraje,
– Celní úřad pro Jihočeský kraj,
– Celní úřad pro Plzeňský kraj,
– Celní úřad pro Karlovarský kraj,

– das Zollamt für den Bezirk Ústí nad Labem / Aussig,

– das Zollamt für den Bezirk Liberec / Reichenberg.

(5) Die Behörden der Vertragsstaaten unterrichten einander auf diplomatischem Wege über die innerstaatliche Zuständigkeitsverteilung hinsichtlich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und über Änderungen in den Bezeichnungen der Behörden.

– Celní úřad pro Ústecký kraj,

– Celní úřad pro Liberecký kraj.

(5) Orgány smluvních států se budou vzájemně informovat diplomatickou cestou o vnitrostátním rozdělení působností v oblasti přeshraniční spolupráce a o změnách v názvech orgánů.

Artikel 3

Grenzgebiete

(1) Die Grenzgebiete im Sinne dieses Vertrages entsprechen dem Zuständigkeitsbereich der in Artikel 2 Absatz 4 genannten Behörden mit Ausnahme des Bundespolizeipräsidiums der Bundesrepublik Deutschland.

(2) Als Grenzgebiet gilt auch der Raum eines internationalen Zuges auf der Strecke zwischen der gemeinsamen Staatsgrenze und der ersten fahrplanmäßigen Haltestelle auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates, sowie der Raum eines Schiffes auf der Strecke zwischen der gemeinsamen Staatsgrenze und der ersten fahrplanmäßigen Anlegestelle auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates.

Článek 3

Příhraniční oblasti

(1) Příhraničními oblastmi ve smyslu této smlouvy se rozumí území v působnosti orgánů uvedených v článku 2 odst. 4, s výjimkou Prezidia Spolkové policie Spolkové republiky Německo.

(2) Za příhraniční oblast se považuje také prostor mezinárodního vlaku na trati mezi společnými státními hranicemi a první zastávkou podle jízdního řádu na území druhého smluvního státu a prostor lodi na trase mezi společnými státními hranicemi a prvním přístavištěm podle plavebního řádu na území druhého smluvního státu.

Artikel 4

Verbindungsbeamte

(1) Jeder Vertragsstaat kann mit Zustimmung des anderen Vertragsstaates Verbindungsbeamte in diesen Vertragsstaat entsenden.

(2) Verbindungsbeamte werden ohne Wahrnehmung von Hoheitsbefugnissen unterstützend und beratend tätig. Sie erteilen Informationen und erledigen ihre Aufträge im Rahmen der ihnen vom entsendenden Vertragsstaat erteilten Weisungen.

(3) In einen dritten Staat entsandte Verbindungsbeamte eines Vertragsstaates können im gegenseitigen Einvernehmen beider Vertragsstaaten und unter der Voraussetzung der Zustimmung des dritten Staates auch die Interessen des anderen Vertragsstaates wahrnehmen.

Článek 4

Styční důstojníci

(1) Každý smluvní stát může se souhlasem druhého smluvního státu vysílat do tohoto smluvního státu styčné důstojníky.

(2) Styční důstojníci vyvíjejí podpůrnou a poradní činnost bez výkonu oprávnění. Podávají informace a vyřizují úkoly v rámci pokynů udělených jim vysílajícím smluvním státem.

(3) Styční důstojníci jednoho smluvního státu vyslaní do třetího státu mohou po vzájemné dohodě obou smluvních států a za předpokladu souhlasu třetího státu zastupovat i zájmy druhého smluvního státu.

Artikel 5

Gemeinsames Zentrum

(1) Die Vertragsstaaten arbeiten in einem, wenn möglich in der Nähe der Staatsgrenze eingerichteten, Gemeinsamen Zentrum zusammen, das von Bediensteten der in Artikel 2 Absatz 4 genannten Behörden beider Vertragsstaaten und im Bedarfsfall auch von Bediensteten ihrer nationalen Zentralstellen besetzt wird (im Folgenden nur „Gemeinsames Zentrum“ genannt).

(2) Die Bediensteten des Gemeinsamen Zentrums arbeiten im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten unmittelbar zusammen, um Informationen auszutauschen, zu analysieren und weiterzuleiten, und um bei der Koordinierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nach diesem Vertrag unterstützend mitzuwirken. Der Informationsaustausch durch nationale Zentralstellen bleibt hiervon unberührt.

(3) Die Unterstützungstätigkeit kann auch die Vorbereitung und Mitwirkung bei der Übergabe von Personen im Einklang mit dem Recht der Europäischen Union sowie den sich aus zweiseitigen und mehrseitigen völkerrechtlichen Übereinkünften ergebenden Verpflichtungen, an welche die Vertragsstaaten gebunden sind, umfassen.

(4) Den Bediensteten im Gemeinsamen Zentrum obliegt nicht die selbständige Durchführung operativer Einsätze. Die im Gemeinsamen Zentrum kooperierenden Bediensteten unterstehen ausschließlich der Weisungs- und Disziplinargewalt ihrer Entsendebehörden.

(5) Die Einrichtung des Gemeinsamen Zentrums, die Einzelheiten der Zusammenarbeit und die Verteilung der Kosten wer-

Článek 5

Společné centrum

(1) Smluvní státy spolupracují ve společném centru zřízeném pokud možno v blízkosti státních hranic, které bude obsazeno pracovníky orgánů uvedených v článku 2 odst. 4 obou smluvních států a v případě potřeby také pracovníky jejich národních centrál (dále jen „společné centrum“).

(2) Pracovníci ve společném centru bezprostředně spolupracují v rámci svých kompetencí, aby si vyměňovali, analyzovali a postupovali informace, jakož se i podpůrně spolupodíleli na koordinaci přeshraniční spolupráce podle této smlouvy. Výměna informací prostřednictvím národních centrál není tímto dotčena.

(3) Podpůrná činnost může zahrnovat i přípravu a součinnost při předávání osob v souladu s právem Evropské unie, jakož i závazky vyplývajícími z dvoustranných a mnohostranných mezinárodních smluv, jimiž jsou smluvní státy vázány.

(4) Pracovníkům ve společném centru nepřísluší samostatné provádění operativních zásahů. Pracovníci, kteří spolupracují ve společném centru, spadají výlučně pod nařizovací a kázeňskou pravomoc vysílajících orgánů.

(5) Zřízení společného centra, podrobnosti spolupráce a rozdělení nákladů budou upraveny v prováděcím ujednání podle

den in einer Durchführungsvereinbarung nach Artikel 34 Absatz 1 geregelt.

Kapitel II

Formen der Zusammenarbeit

Artikel 6

Zusammenarbeit auf Ersuchen

(1) Die Behörden der Vertragsstaaten leisten einander auf Ersuchen im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten bei der Verhütung und Aufklärung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten sowie zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung Hilfe.

(2) Ersuchen in Bezug auf die Verhütung und Aufklärung von Straftaten und deren Beantwortung werden unmittelbar zwischen den nationalen Zentralstellen übermittelt. Ersuchen und deren Beantwortung können auch unmittelbar zwischen den in Artikel 2 Absatz 4 genannten Behörden übermittelt werden, soweit

a) das Ersuchen mit Straftaten zusammenhängt, bei denen anzunehmen ist, dass der Schwerpunkt der Tat und ihrer Aufklärung im Grenzgebiet liegt,

b) das Ersuchen nicht rechtzeitig durch die nationalen Zentralstellen gestellt oder erledigt werden kann, oder

c) eine unmittelbare Zusammenarbeit zweckmäßig ist und hierzu das Einvernehmen der jeweiligen nationalen Zentralstellen vorliegt.

Satz 2 lässt die Pflicht zur Benachrichtigung der nationalen Zentralstellen unberührt, soweit das jeweilige innerstaatliche Recht eine solche festlegt.

(3) Die Bedingungen für die Übermittlung und Erledigung von Ersuchen in Bezug auf Ordnungswidrigkeiten im Sinne des Artikels 1 Absatz 1 Satz 3 werden in einer Durchführungsvereinbarung nach Artikel 34 Absatz 1 geregelt. Insbesondere kann darin der Umfang der Zusammenarbeit zwischen den Vertragsstaaten von der Art der Tat, der Schwere der Tat oder der zu erwartenden Höhe der Sanktion abhängig gemacht werden.

(4) Ersuchen in Bezug auf die Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung in den Grenzgebieten, die nicht unter die Absätze 2 und 3 fallen, werden unmittelbar zwischen den in Artikel 2 Absatz 4 genannten Behörden übermittelt und erledigt.

(5) Ersuchen und deren Beantwortung werden schriftlich, auch per Fax oder elektronischer Post übermittelt. In dringenden Fällen kann das Ersuchen auch mündlich mit unverzüglich darauf folgender schriftlicher Bestätigung erfolgen.

(6) Dem Ersuchen soll eine Übersetzung in die Amtssprache des ersuchten Vertragsstaates oder in die englische Sprache beigefügt werden, sofern das Ersuchen nicht in der Amtssprache des ersuchten Vertragsstaates oder in englischer Sprache gestellt wird.

(7) Das Ersuchen wird unverzüglich erledigt. Ist die ersuchte Behörde für die Erledigung des Ersuchens unzuständig, leitet sie das Ersuchen unverzüglich an die zuständige Behörde weiter und teilt dies der ersuchenden Behörde mit.

(8) Ersuchen können insbesondere betreffen:

a) Eigentümer- und Halterfeststellungen sowie Fahrer- und Führerermittlungen bei Straßen-, Wasser- und Luftfahrzeugen,

b) Informationen über Führerscheine, Fahrzeugdokumente und vergleichbare Berechtigungen und Dokumente,

c) Wohnsitz- und Aufenthaltsfeststellungen, Feststellungen der Aufenthaltsberechtigung und des Aufenthaltsstatus,

d) Feststellungen von Telefon-, Telefax- und Internetanschlussinhabern und Anschlussinhabern anderer Telekommunikationseinrichtungen,

článku 34 odst. 1.

Kapitola II

Formy spolupráce

Článek 6

Spolupráce na žádost

(1) Orgány smluvních států si na žádost poskytují v rámci svých kompetencí pomoc při předcházení a objasňování trestných činů a správních deliktů, jakož i při předcházení porušení veřejného pořádku a bezpečnosti.

(2) Žádosti týkající se předcházení a objasňování trestných činů a odpovědi na ně si bezprostředně zasílají národní centrály. Žádosti a odpovědi na ně si mohou bezprostředně zasílat rovněž orgány uvedené v článku 2 odst. 4, pokud

a) žádost souvisí s trestnými činy, u nichž lze předpokládat těžiště činu a jeho objasňování v příhraniční oblasti,

b) žádost nemůže být včas podána nebo vyřízena prostřednictvím národních centrál, nebo

c) je bezprostřední spolupráce účelná a příslušné národní centrály s tím souhlasí.

Druhou větou není dotčena povinnost informovat národní centrály, pokud vnitrostátní právní předpisy takovou povinnost stanoví.

(3) Podmínky zasílání a vyřizování žádostí týkajících se správních deliktů, ve smyslu článku 1 odst. 1 třetí věty, jsou upraveny v prováděcím ujednání podle článku 34 odst. 1. Zejména v něm může být stanoven rozsah spolupráce mezi smluvními státy v závislosti na druhu skutku, závažnosti skutku nebo očekávané výši sankce.

(4) Žádosti týkající se předcházení porušení veřejného pořádku a bezpečnosti v příhraničních oblastech, které nespadají pod odstavce 2 a 3, si bezprostředně zasílají a vyřizují orgány uvedené v článku 2 odst. 4.

(5) Žádosti a odpovědi na ně se zasílají písemně, také faxem nebo elektronickou poštou. V naléhavých případech lze žádost podat i ústně s následným bezodkladným písemným potvrzením.

(6) K žádosti má být pokud možno přiložen překlad do úředního jazyka žádaného smluvního státu nebo do anglického jazyka, jestliže žádost není podána v úředním jazyce žádaného smluvního státu nebo v anglickém jazyce.

(7) Žádost bude vyřízena bez zbytečného odkladu. Jestliže žádaný orgán není příslušný k vyřízení žádosti, předá ji bez zbytečného odkladu příslušnému orgánu a sdělí to žádajícímu orgánu.

(8) Žádosti se mohou týkat zejména:

a) zjišťování vlastníků a provozovatelů, jakož i řidičů silničních vozidel, plavidel a letadel,

b) informací o řidičských průkazech, dokladech k vozidlům a srovnatelných oprávněních a dokladech,

c) zjišťování místa bydliště a místa pobytu, zjišťování oprávněnosti a druhu pobytu,

d) zjišťování majitelů telefonních, faxových a internetových přípojek a majitelů přípojek ostatních telekomunikačních zařízení,

e) Feststellungen der Identität von Personen und Identifikation von sterblichen Überresten,

f) Informationen über die Herkunft von Sachen, beispielsweise von Schusswaffen, Straßen-, Wasser- und Luftfahrzeugen sowie deren Eigentümer oder Besitzer,

g) polizeiliche Vernehmungen und Befragungen,

h) Informationen aus polizeilichen Datenbanken und Unterlagen sowie aus anderen amtlichen Datenbanken und Registern,

i) Spurensuche, -sicherung, -bewertung und -vergleich, oder

j) Fahndung nach Personen und Sachen.

Artikel 7

Informationsübermittlung ohne Ersuchen

Die Behörden der Vertragsstaaten teilen einander im Einklang mit dem innerstaatlichen Recht Informationen ohne Ersuchen mit, sofern sie annehmen, dass diese Informationen zur Verhütung und Aufklärung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten oder für die Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung erforderlich sind.

Artikel 8

Allgemeine Formen der Zusammenarbeit

(1) Die Behörden der Vertragsstaaten können im Einklang mit dem innerstaatlichen Recht insbesondere

a) Informationen austauschen

1. über Straftaten und Ordnungswidrigkeiten, über deren Täter und Teilnehmer, über Personen, die der Begehung einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit oder der Beteiligung an solchen verdächtigt werden, über die Umstände deren Begehung, über Verletzte und Zeugen und über die getroffenen Maßnahmen,
2. über Gegenstände, mit denen Straftaten begangen wurden oder die aus strafbaren Handlungen herrühren, und einander Muster dieser Gegenstände gewähren,
3. über mögliche Terroranschläge und terroristische Vereinigungen,
4. über Formen der Begehung von strafbaren Handlungen,
5. über Migrationsbewegungen, deren Umfang, Struktur und mögliche Zielrichtungen,
6. über geplante Polizeiaktionen und -einsätze in den Grenzgebieten,
7. zur Gewährleistung der Sicherheit im Straßenverkehr,
8. zwecks Erarbeitung gemeinsamer Lagebilder und Analysen vor allem für die Grenzgebiete,
9. über Rechts-, Dienst- und Verwaltungsvorschriften;

b) bei der Ermittlung von Vermögenswerten und sonstigen Gegenständen zusammenarbeiten, bei denen Grund zur Annahme besteht, dass sie aus strafbaren Handlungen herrühren;

c) erforderliche Maßnahmen auf der Grundlage eines Ersuchens des anderen Vertragsstaates treffen;

d) die beiderseits der Staatsgrenze zu treffenden Maßnahmen abstimmen;

e) gemeinsame Programme der Kriminalprävention planen und durchführen;

f) einander die erforderlichen Angaben für Telefon-, Fax- und Funkverbindungen sowie für eine elektronische Kommunikation zwischen den Behörden übermitteln und diese fortlaufend aktualisieren;

g) analytische und konzeptionelle Unterlagen und Fachliteratur austauschen.

e) zjišťování totožnosti osob a identifikace tělesných ostatků,

f) informací o původu věcí, například střelných zbraní, silničních vozidel, plavidel a letadel, jakož i o jejich vlastnících nebo držitelích,

g) policejních výslechů a dotazování,

h) informací z policejních databází a podkladů, jakož i z dalších úředních databází a rejstříků,

i) vyhledávání, zajišťování, vyhodnocování a porovnávání stop, nebo

j) pátrání po osobách a věcech.

Článek 7

Předávání informací bez žádosti

Orgány smluvních států si navzájem sdělují v souladu s vnitrostátními právními předpisy informace bez žádosti, pokud se domnívají, že tyto informace jsou potřebné pro předcházení a objasňování trestných činů a správních deliktů nebo pro předcházení porušení veřejného pořádku a bezpečnosti.

Článek 8

Obecné formy spolupráce

(1) Orgány smluvních států mohou v souladu s vnitrostátními právními předpisy zejména

a) vyměňovat si informace

1. o trestných činech a správních deliktech, o jejich pachatelích a účastnících, o osobách podezřelých ze spáchání trestných činů nebo správních deliktů nebo z účasti na nich, o okolnostech jejich spáchání, o poškozených a svědcích a o přijatých opatřeních,
2. o předmětech, jimiž byly trestné činy spáchány nebo z trestné činnosti pocházejí, a poskytovat si vzorky těchto předmětů,
3. o možných teroristických útocích a teroristických skupinách,
4. o formách páchání trestné činnosti,
5. o migračních pohybech, jejich rozsahu, struktuře a možných cílech,
6. o plánovaných policejních akcích a zásazích v příhraničních oblastech,
7. k zajištění bezpečnosti silničního provozu,
8. za účelem vypracování společných situačních zpráv a analýz, především pro příhraniční oblasti,
9. o právních, služebních a správních předpisech;

b) spolupracovat při zjišťování majetkových hodnot a ostatních předmětů, u kterých existuje důvod k domněnce, že pocházejí z trestné činnosti;

c) přijímat potřebná opatření na základě žádosti druhého smluvního státu;

d) koordinovat opatření prováděná po obou stranách státních hranic;

e) plánovat a provádět společné programy prevence kriminality;

f) předávat si a průběžně aktualizovat údaje potřebné pro telefonní, faxové a radiové spojení, jakož i pro elektronickou komunikaci mezi orgány;

g) vyměňovat si analytické a koncepční materiály a odbornou literaturu.

(2) Die Behörden der Vertragsstaaten können einander durch Bereitstellung von Ausstattung und polizeitechnischen Mitteln Hilfe leisten. Die Behörden der Vertragsstaaten können die Bedingungen der Bereitstellung von Ausstattung und polizeitechnischen Mitteln, die Kostenerstattung und von Artikel 25 Absatz 1 abweichende Haftungsbestimmungen vorab schriftlich vereinbaren.

(3) Die Behörden der Vertragsstaaten können bei der Gestaltung und dem Austausch von Tarnmitteln nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts zusammenarbeiten. Die Behörde des Vertragsstaates, welche die Tarnmittel zur Verfügung stellt, kann Bedingungen für deren Nutzung, Aufbewahrung und Rückgabe sowie das Verfahren im Falle ihres Verlustes oder ihrer Vernichtung festlegen.

Artikel 9

Aus- und Fortbildung

Die Behörden der Vertragsstaaten und die zuständigen Aus- und Fortbildungseinrichtungen können bei der Aus- und Fortbildung insbesondere durch den Austausch von Lehrplänen, die Ermöglichung der Teilnahme von Bediensteten des anderen Vertragsstaates an Aus- und Fortbildungskursen, die Durchführung gemeinsamer Übungen und Seminare sowie die Einladung von Vertretern der Behörden des anderen Vertragsstaates als Beobachter zu Übungen und speziellen Einsätzen zusammenarbeiten. Besondere Aufmerksamkeit wird der Aus- und Fortbildung von Polizeibeamten gewidmet, die an den einzelnen Formen der Zusammenarbeit nach diesem Vertrag teilnehmen.

Artikel 10

Gemeinsame Einsatzformen

(1) Die Behörden der Vertragsstaaten können zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten sowie zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung gemeinsame Streifen und andere gemeinsame Einsatzformen, insbesondere gemeinsame Kontrollgruppen und gemeinsame Fahndungsgruppen, dauerhaft oder für eine bestimmte Zeit einrichten.

(2) Die auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates tätigen Polizeibeamten können Hoheitsbefugnisse nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts dieses Vertragsstaates wahrnehmen. Die Wahrnehmung dieser Befugnisse erfolgt nur unter Leitung und in der Regel in Anwesenheit eines Polizeibeamten dieses Vertragsstaates. Ihr Handeln ist dem Vertragsstaat, dessen Polizeibeamter den Einsatz führt, zuzurechnen.

(3) Die Einzelheiten der Zusammenarbeit nach diesem Artikel werden zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten vereinbart. Hierbei sollen insbesondere die Zuständigkeit, Ausrichtung, Zeitdauer und Leitung geregelt werden. Die Vereinbarung soll schriftlich erfolgen.

Artikel 11

Grenzüberschreitende Fahndungsaktionen, gemeinsame Einsatzleitungen und Teilnahme an Einsätzen

(1) Die Behörden der Vertragsstaaten können bei grenzüberschreitenden Fahndungsaktionen zusammenarbeiten.

(2) Die Behörden der Vertragsstaaten können im Bedarfsfall gemeinsame Einsatzleitungen zur Koordinierung von beiderseits der Staatsgrenze durchgeführten Maßnahmen und zur Erteilung von Informationen und Konsultationen bilden.

(3) Bei Einsätzen auf dem Hoheitsgebiet des einen Vertragsstaates können Polizeibeamte des anderen Vertragsstaates hieran ohne Wahrnehmung von Hoheitsbefugnissen zum Zweck der Erteilung von Informationen und Konsultationen teilnehmen.

(2) Orgány smluvních států si mohou pomáhat poskytováním vybavení a policejně technických prostředků. Orgány smluvních států mohou předem písemně dohodnout podmínky poskytnutí vybavení a policejně technických prostředků, úhradu nákladů a odchylky od ustanovení článku 25 odst. 1 o odpovědnosti za škodu.

(3) Orgány smluvních států mohou spolupracovat při vytváření a výměně krycích prostředků podle vnitrostátních právních předpisů. Orgán smluvního státu, který poskytuje krycí prostředky, může stanovit podmínky pro jejich použití, uchovávání a navrácení, stejně jako postup v případě jejich ztráty nebo zničení.

Článek 9

Vzdělávání a další vzdělávání

Orgány smluvních států a příslušná vzdělávací zařízení a zařízení dalšího vzdělávání, mohou spolupracovat při vzdělávání a dalším vzdělávání zejména tím, že si vyměňují učební plány, umožní účast pracovníků druhého smluvního státu na kurzech vzdělávání a dalšího vzdělávání, realizují společná cvičení a semináře a zvou zástupce orgánů druhého smluvního státu jako pozorovatele na cvičení a zvláštní zásahy. Zvláštní pozornost je věnována vzdělávání a dalšímu vzdělávání policistů, kteří se účastní jednotlivých forem spolupráce podle této smlouvy.

Článek 10

Formy společného nasazení

(1) Orgány smluvních států mohou za účelem předcházení a objasňování trestných činů a správních deliktů, jakož i předcházení porušení veřejného pořádku a bezpečnosti zřizovat trvale nebo na určitou dobu společné hlídky a jiné formy společného nasazení, zejména společné kontrolní skupiny a společné pátrací skupiny.

(2) Policisté působící na území druhého smluvního státu mohou vykonávat oprávnění podle vnitrostátních právních předpisů tohoto smluvního státu. Výkon těchto oprávnění probíhá pouze pod velením a zpravidla za přítomnosti policisty tohoto smluvního státu. Jejich jednání je přičítáno smluvnímu státu, jehož policista řídí zásah.

(3) Podrobnosti spolupráce podle tohoto článku budou dohodnuty mezi příslušnými orgány smluvních států. Přitom budou zejména vymezeny kompetence, zaměření, doba trvání a vedení. Dohoda má být pokud možno písemná.

Článek 11

Přeshraniční pátrací akce, společná vedení zásahů a účast na zásazích

(1) Orgány smluvních států mohou spolupracovat při přeshraničních pátracích akcích.

(2) Orgány smluvních států mohou v případě potřeby vytvářet společná vedení zásahů za účelem koordinace opatření prováděných po obou stranách státních hranic a za účelem poskytování informací a konzultací.

(3) Policisté jednoho smluvního státu se mohou podílet na zásazích na území druhého smluvního státu bez výkonu oprávnění za účelem poskytování informací a konzultací.

Artikel 12

Einsatz von Polizeibeamten zur Unterstützung auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates

(1) Im Einvernehmen der zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können die Polizeibeamten des einen Vertragsstaates zur Verhütung und Aufklärung von Straftaten sowie zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates eingesetzt und dessen Behörden unterstellt werden, um diese bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu unterstützen.

(2) Die auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates tätigen Polizeibeamten können Hoheitsbefugnisse nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts dieses Vertragsstaates wahrnehmen. Die Wahrnehmung dieser Befugnisse erfolgt nur unter Leitung und in der Regel in Anwesenheit eines Polizeibeamten dieses Vertragsstaates. Ihr Handeln ist dem Vertragsstaat, dessen Polizeibeamter den Einsatz führt, zuzurechnen.

(3) Der Einsatz nach Absatz 1 kann auch zur Gewährleistung der Sicherheit im Straßenverkehr bei Großereignissen, Katastrophen, schweren Unglücksfällen und grenzüberschreitenden Sport- und ähnlichen Veranstaltungen erfolgen.

Článek 12

Nasazení policistů za účelem podpory na území druhého smluvního státu

(1) Po dohodě příslušných orgánů smluvních států mohou být policisté jednoho smluvního státu za účelem předcházení a objasňování trestných činů a předcházení porušení veřejného pořádku a bezpečnosti nasazeni na území druhého smluvního státu a podřízeni jeho orgánům, aby je podpořili při plnění jejich úkolů.

(2) Policisté působící na území druhého smluvního státu mohou vykonávat oprávnění podle vnitrostátních právních předpisů tohoto smluvního státu. Výkon těchto oprávnění probíhá pouze pod velením a zpravidla za přítomnosti policisty tohoto smluvního státu. Jejich jednání je přičítáno smluvnímu státu, jehož policista řídí zásah.

(3) Nasazení podle odstavce 1 se může uskutečnit i k zajištění bezpečnosti silničního provozu při událostech velkého rozsahu, katastrofách, těžkých nehodách a přeshraničních sportovních a obdobných akcích.

Artikel 13

Grenzüberschreitende Gefahrenabwehr

(1) Polizeibeamte eines Vertragsstaates können im Fall eines dringenden Bedarfs ohne vorherige Zustimmung des anderen Vertragsstaates die Staatsgrenze überschreiten, um bis zu einer Entfernung von zehn Kilometern von der gemeinsamen Staatsgrenze in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht des anderen Vertragsstaates vorläufige Maßnahmen zu treffen, die zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben von Personen erforderlich sind.

(2) Ein dringender Bedarf im Sinne des Absatzes 1 liegt nur vor, wenn bei einem Abwarten auf das Einschreiten von Polizeibeamten des anderen Vertragsstaates oder auf das Einvernehmen betreffend den Einsatz auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates im Sinne des Artikels 12 die Verwirklichung der Gefahr droht.

(3) Die nach Absatz 1 einschreitenden Polizeibeamten haben die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaates unverzüglich zu unterrichten. Die zuständige Behörde trifft unverzüglich Maßnahmen, die zur Abwehr der Gefahr und zur Übernahme des Einsatzes erforderlich sind. Die einschreitenden Polizeibeamten dürfen auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates nur so lange tätig sein, bis der andere Vertragsstaat den Einsatz übernimmt. Der Einsatz ist zu beenden, sobald dies der Vertragsstaat, auf dessen Hoheitsgebiet der Einsatz erfolgt, verlangt.

(4) Die einschreitenden Polizeibeamten sind an die Weisungen der Behörden des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet der Einsatz erfolgt, gebunden.

(5) Das Handeln der einschreitenden Polizeibeamten ist dem Vertragsstaat zuzurechnen, auf dessen Hoheitsgebiet der Einsatz erfolgt.

Článek 13

Přeshraniční odvracení nebezpečí

(1) Policisté jednoho smluvního státu mohou v případě naléhavé potřeby bez předchozího souhlasu druhého smluvního státu překročit státní hranice, aby až do vzdálenosti deseti kilometrů od společných státních hranic v souladu s vnitrostátními právními předpisy druhého smluvního státu učinili předběžná opatření potřebná pro odvrácení bezprostředního nebezpečí pro život či zdraví osob.

(2) Naléhavá potřeba ve smyslu odstavce 1 je dána pouze v případě, kdy při vyčkání na zásah policistů druhého smluvního státu nebo na dohodu o nasazení na území druhého smluvního státu ve smyslu článku 12 hrozí, že se nebezpečí naplní.

(3) Policisté zasahující podle odstavce 1 musí bez zbytečného odkladu vyrozumět příslušný orgán druhého smluvního státu. Příslušný orgán bez zbytečného odkladu učiní opatření potřebná k odvrácení nebezpečí a převzetí zásahu. Zasahující policisté smějí na území druhého smluvního státu působit pouze tak dlouho, dokud druhý smluvní stát nepřevezme zásah. Zásah musí být ukončen, jakmile to požaduje smluvní stát, na jehož území zásah probíhá.

(4) Zasahující policisté jsou vázáni pokyny orgánů smluvního státu, na jehož území zásah probíhá.

(5) Jednání zasahujících policistů je přičítáno smluvnímu státu, na jehož území zásah proběhl.

Artikel 14

Grenzüberschreitende Nacheile

(1) Polizeibeamte, die eine Person verfolgen, die

a) der Begehung oder Teilnahme an einer Straftat, die nach dem innerstaatlichen Recht ihres Vertragsstaates mit einer Freiheitsstrafe im Höchstmaß von mindestens zwölf Monaten bedroht ist, verdächtig ist oder deswegen strafrechtlich verfolgt wird,

b) aus der Untersuchungshaft, der Strafhaft, dem Maßregelvollzug oder der Sicherungsverwahrung geflohen ist oder sich einer mit der Einschränkung ihrer persönlichen Freiheit verbundenen Maßnahme entzieht,

Článek 14

Přeshraniční pronásledování

(1) Policisté pronásledující osobu, která

a) je podezřelá ze spáchání trestného činu nebo z účasti na trestném činu, za který podle vnitrostátních právních předpisů jejich smluvního státu hrozí trest odnětí svobody s horní hranicí nejméně dvanáct měsíců, nebo je pro něj trestně stíhána,

b) uprchla z vazby, z výkonu trestu odnětí svobody, z výkonu ochranného léčení nebo zabezpečovací detence nebo se vyhýbá opatření spojenému s omezením její osobní svobody,

c) sich einer durch die Polizei- oder Zollbehörden in den Grenzgebieten durchgeführten Kontrolle entzieht, oder

d) sich einer in Übereinstimmung mit dem Recht der Europäischen Union zeitweilig durchgeführten Grenzkontrolle an den Binnengrenzen entzieht,

sind befugt, die Verfolgung auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates ohne dessen vorherige Zustimmung fortzusetzen, wenn dessen Behörden wegen der besonderen Dringlichkeit der Angelegenheit nicht zuvor unterrichtet werden konnten oder nicht rechtzeitig zur Stelle sind, um die Verfolgung zu übernehmen. Zur Nacheile sind alle Polizeibeamten berechtigt, die vor dem Grenzübertritt in die Nacheile eingebunden waren.

(2) Die zuständige Behörde des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet die Nacheile begonnen wurde, nimmt unverzüglich, im Regelfall noch vor dem Grenzübertritt der nacheilenden Polizeibeamten, Kontakt mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates auf und benachrichtigt das Gemeinsame Zentrum. Die Nacheile ist einzustellen, sobald der Vertragsstaat, auf dessen Hoheitsgebiet die Nacheile stattfinden soll oder bereits stattfindet, dies verlangt. Auf Ersuchen der nacheilenden Polizeibeamten halten die Behörden des anderen Vertragsstaates die verfolgte Person an, um im Einklang mit dem innerstaatlichen Recht dieses Vertragsstaates ihre Identität festzustellen und die zulässigen Maßnahmen vorzunehmen.

(3) Wird die Einstellung der Nacheile nicht verlangt und können die Behörden des anderen Vertragsstaates nicht rechtzeitig herangezogen werden, sind die nacheilenden Polizeibeamten befugt, die Person im Einklang mit dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet die Nacheile durchgeführt wird, festzuhalten, bis die Behörden des anderen Vertragsstaates die Identitätsfeststellung und die zulässigen Maßnahmen vornehmen.

(4) Die Nacheile findet auf dem Land-, Luft- oder Wasserweg ohne räumliche oder zeitliche Begrenzung statt.

(5) Die nacheilenden Polizeibeamten können die Nacheile unter folgenden allgemeinen Bedingungen durchführen:

a) Die nacheilenden Polizeibeamten sind an die Bestimmungen dieses Vertrages und das innerstaatliche Recht des anderen Vertragsstaates gebunden; sie haben Anordnungen der Behörden dieses Vertragsstaates zu befolgen.

b) Die nacheilenden Polizeibeamten sind nicht befugt, Wohnungen und öffentlich nicht zugängliche Grundstücke zu betreten. Gebäude dürfen nur dann betreten werden, soweit es sich um öffentlich zugängliche Betriebs- oder Geschäftsräume während der Arbeits-, Betriebs- oder Geschäftszeit handelt.

c) Die nacheilenden Polizeibeamten müssen als solche eindeutig erkennbar sein, entweder durch eine Uniform, eine Armbinde, eine Weste mit Aufschrift oder durch an dem Fahrzeug angebrachte Zusatzeinrichtungen; das Tragen von Zivilkleidung unter Benutzung eines getarnten Polizeifahrzeuges ohne die vorgenannte Kennzeichnung ist nicht zulässig. Die nacheilenden Polizeibeamten müssen jederzeit in der Lage sein, ihre amtliche Funktion nachzuweisen. Bei Nacheile mit einem getarnten Fahrzeug wird zum Anhalten der verfolgten Person immer ein Licht- und Tonwarnsignal und, soweit vorhanden, ein Anhaltesignalgeber, andernfalls ein Anhaltestab, verwendet.

d) Die nach Absatz 3 festgehaltene Person darf im Hinblick auf ihre Vorführung vor die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaates lediglich einer Sicherheitsdurchsuchung unterzogen werden. Es dürfen ihr nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet die Nacheile durchgeführt wird, Fesseln angelegt werden, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Person zu fliehen versucht oder eine Gefahr für die Sicherheit von Personen oder Eigentum oder eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit besteht. Die von der Person mitgeführten Gegenstände dürfen vorläufig sichergestellt werden.

c) se vyhýbá kontrole prováděné policejními nebo celními orgány v příhraničních oblastech, nebo

d) se vyhýbá kontrole na vnitřních hranicích dočasně prováděné v souladu s právem Evropské unie,

jsou oprávněni pokračovat v pronásledování na území druhého smluvního státu bez jeho předchozího souhlasu, jestliže jeho orgány nemohly být s ohledem na zvláštní naléhavost záležitosti informovány předem nebo nejsou včas na místě, aby pronásledování převzaly. K pronásledování jsou oprávněni všichni policisté, kteří se zapojili do pronásledování před překročením státních hranic.

(2) Příslušný orgán smluvního státu, na jehož území bylo pronásledování zahájeno, naváže bez zbytečného odkladu, zpravidla ještě před překročením státních hranic pronásledujícími policisty, kontakt s příslušným orgánem druhého smluvního státu a vyrozumí společné centrum. Pronásledování musí být zastaveno, jakmile to požaduje smluvní stát, na jehož území má být pronásledování prováděno nebo se již provádí. Na žádost pronásledujících policistů zajistí orgány druhého smluvního státu pronásledovanou osobu, aby v souladu s vnitrostátními právními předpisy tohoto smluvního státu zjistily její totožnost a učinily přípustná opatření.

(3) Jestliže není požadováno zastavení pronásledování a jestliže orgány druhého smluvního státu nemohou být včas zapojeny, jsou pronásledující policisté oprávněni osobu zajistit v souladu s vnitrostátními právními předpisy smluvního státu, na jehož území se pronásledování provádí, do doby, než orgány druhého smluvního státu zjistí totožnost osoby a učiní přípustná opatření.

(4) Pronásledování se provádí pozemní, vzdušnou nebo vodní cestou bez prostorového nebo časového omezení.

(5) Pronásledující policisté mohou provádět pronásledování za následujících obecných podmínek:

a) Pronásledující policisté jsou vázáni ustanoveními této smlouvy a vnitrostátními právními předpisy druhého smluvního státu; musí dodržovat pokyny orgánů tohoto smluvního státu.

b) Pronásledující policisté nejsou oprávněni vstupovat do obydlí a na veřejně nepřístupná místa. Do budov lze vstupovat pouze tehdy, jedná-li se o veřejně přístupné provozní nebo prodejní prostory během pracovní, provozní nebo prodejní doby.

c) Pronásledující policisté musí být snadno rozpoznatelní buď podle uniformy, podle pásky na rukávě, vesty s nápisem nebo podle dodatečného označení umístěného na vozidle; používání civilního oděvu ve spojení s použitím neoznačeného vozidla bez výše uvedených identifikačních znaků je zakázáno. Pronásledující policisté musí být kdykoli schopni prokázat, že jednají z úředního pověření. Při pronásledování neoznačeným vozidlem se k zastavení pronásledované osoby použije vždy světelné a zvukové výstražné zařízení a signalizační zařízení vyzývající k zastavení, je-li k dispozici, v ostatních případech zastavovací terč.

d) Pronásledovaná osoba, která je zajištěna podle odstavce 3, může být v souvislosti se svým předvedením k příslušnému orgánu druhého smluvního státu podrobena pouze bezpečnostní prohlídce. Mohou jí být v souladu s vnitrostátními právními předpisy smluvního státu, na jehož území se pronásledování provádí, nasazena pouta, pokud skutečnosti opravňují k domněnce, že se osoba pokusí o útěk nebo že může být ohrožena bezpečnost osob, majetku nebo veřejného pořádku. Věci, které má osoba u sebe, mohou být předběžně zajištěny.

e) Nach Beendigung der Nacheile übergeben die nacheilenden Polizeibeamten der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates unverzüglich einen schriftlichen Bericht. Auf Ersuchen dieser Behörde sind sie verpflichtet, bis zur Klärung der Umstände des Einschreitens vor Ort zu verbleiben, und zwar auch in den Fällen, in denen die Nacheile nicht zu einem Festhalten der Person führt. Die Pflicht, vor Ort zu verbleiben, gilt nicht in den Fällen, in denen die Nacheile auf dem Luftweg erfolgte.

f) Die nacheilenden Polizeibeamten beziehungsweise die Behörden ihres Vertragsstaates werden auf Ersuchen nachträgliche Ermittlungen, einschließlich der Gerichtsverfahren des anderen Vertragsstaates, unterstützen.

(6) Hat die Person, die durch die zuständigen Behörden des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet die Nacheile durchgeführt wurde, festgehalten oder festgenommen wurde, nicht die Staatsangehörigkeit dieses Vertragsstaates, ist sie spätestens zwölf Stunden ab dem Zeitpunkt ihres Festhaltens oder ihrer Festnahme freizulassen, wobei die Stunden zwischen 21 Uhr und 9 Uhr nicht mitzählen, es sei denn, die zuständige Behörde dieses Vertragsstaates erhält vor Ablauf dieser Frist ein Ersuchen um vorläufige Festnahme zum Zwecke der Übergabe oder Auslieferung. Innerstaatliche Rechtsvorschriften, die aus anderen Gründen die Einschränkung der persönlichen Freiheit ermöglichen, sowie innerstaatliche Rechtsvorschriften über die Vorführung der festgehaltenen oder festgenommenen Person vor den Richter bleiben unberührt.

Artikel 15

Maßnahmen im grenzüberschreitenden Eisenbahn- und Schiffsverkehr

(1) Polizeibeamte dürfen zur Durchführung von Maßnahmen auf dem Hoheitsgebiet ihres Vertragsstaates bereits auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates in einen Zug bei der letzten Haltestelle, an der dieser Zug fahrplanmäßig anhält, einsteigen oder aus dem Zug an der ersten Haltestelle auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates, an der dieser Zug fahrplanmäßig anhält, aussteigen. Polizeibeamte dürfen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates notwendige Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaates treffen, in dessen Hoheitsgebiet sie tätig werden.

(2) Polizeibeamte dürfen eine im Hoheitsgebiet ihres Vertragsstaates begonnene Maßnahme, die vor dem Grenzübertritt nicht abgeschlossen wurde, im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates bis zur ersten Haltestelle, an der dieser Zug fahrplanmäßig anhält, fortsetzen, wenn der Zweck dieser Maßnahme sonst vereitelt oder wesentlich gefährdet würde. In einem solchem Fall führen sie die Maßnahme während der ganzen Zeit in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht ihres Vertragsstaates durch.

(3) Polizeibeamte dürfen auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates eine Person bis zum Eintreffen der Polizeibeamten des anderen Vertragsstaates festhalten und Gegenstände vorläufig sicherstellen, wenn dies zur Verhütung oder Aufklärung einer Straftat erforderlich ist. Die Polizeibeamten des anderen Vertragsstaates sind unverzüglich zu verständigen. Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Artikels 14 Absatz 5 und 6 entsprechend.

(4) Die Bestimmungen dieses Artikels gelten im Falle des grenzüberschreitenden Schiffsverkehrs entsprechend.

Artikel 16

Übergabe von Personen

(1) Die Übergabe von Personen zwischen den Vertragsstaaten kann an der Staatsgrenze, an weiteren Stellen in den Grenzgebieten oder auf Flughäfen stattfinden, wenn die Behörden des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet die Übergabe stattfinden soll, der Übergabe im Einzelfall zustimmen. Die Übergabe

e) Po ukončení pronásledování předají pronásledující policisté bez zbytečného odkladu písemnou zprávu příslušnému orgánu druhého smluvního státu. Na žádost tohoto orgánu jsou povinni setrvat na místě až do objasnění okolností zásahu, a to i v případech, kdy pronásledování neskončí zajištěním osoby. Povinnost setrvat na místě neplatí v případech, kdy bylo pronásledování prováděno letecky.

f) Pronásledující policisté, respektive orgány jejich smluvního státu, budou na požádání podporovat dodatečná šetření, včetně soudních řízení druhého smluvního státu.

(6) Pokud osoba zajištěná nebo zadržená příslušnými orgány smluvního státu, na jehož území se pronásledování provádělo, nemá státní občanství tohoto smluvního státu, musí být propuštěna nejpozději dvanáct hodin od okamžiku svého zajištění nebo zadržení, s tím, že hodiny mezi devátou hodinou večerní a devátou hodinou ranní se nezapočítávají, ledaže příslušný orgán tohoto smluvního státu obdrží před uplynutím této lhůty žádost o předběžné zadržení za účelem předání nebo vydání. Vnitrostátní právní předpisy umožňující omezení osobní svobody z jiných důvodů, jakož i vnitrostátní právní předpisy pro předvedení zajištěné nebo zadržené osoby před soudce nejsou dotčeny.

Článek 15

Opatření v přeshraniční železniční a lodní dopravě

(1) Policisté mohou za účelem provádění opatření na území svého smluvního státu nastoupit do vlaku již na území druhého smluvního státu na poslední zastávce, na které tento vlak podle jízdního řádu zastavuje, nebo vystoupit z vlaku na první zastávce na území druhého smluvního státu, na které tento vlak podle jízdního řádu zastavuje. Policisté mohou na území druhého smluvního státu provádět nezbytná opatření k zachování veřejného pořádku a bezpečnosti podle vnitrostátních právních předpisů smluvního státu, na jehož území působí.

(2) Policisté mohou pokračovat v opatření započatém ve vlaku na území svého smluvního státu, které nebylo dokončeno před překročením státních hranic, na území druhého smluvního státu až do první zastávky, na které tento vlak podle jízdního řádu zastavuje, pokud by jinak byl účel tohoto opatření zmařen nebo zásadně ohrožen. V takovém případě provádějí opatření po celou dobu v souladu s vnitrostátními právními předpisy svého smluvního státu.

(3) Policisté mohou na území druhého smluvního státu zajistit osobu až do příchodu policistů druhého smluvního státu a předběžně zajistit věci, pokud je to nezbytné k předcházení nebo objasnění trestného činu. Policisty druhého smluvního státu je třeba bez zbytečného odkladu vyrozumět. Jinak platí přiměřeně ustanovení článku 14 odst. 5 a 6.

(4) Ustanovení tohoto článku platí přiměřeně v případě přeshraniční lodní dopravy.

Článek 16

Předávání osob

(1) Předávání osob mezi smluvními státy se může uskutečňovat na státních hranicích, na dalších místech v příhraničních oblastech nebo na letištích, pokud orgány smluvního státu, na jehož území se má předání uskutečnit, v konkrétním případě s předáním souhlasí. Předání se uskuteční

findet an einer für eine sichere Übergabe geeigneten Stelle statt. Die Übergabe kann insbesondere in Polizeidienststellen in der Nähe der Staatsgrenze erfolgen.

(2) Für die Beförderung der Personen auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates gelten folgende Bestimmungen:

a) Die Beförderung erfolgt auf der geeignetsten Strecke.

b) Die begleitenden Polizeibeamten dürfen auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates in Übereinstimmung mit dessen innerstaatlichem Recht nur solche Hoheitsbefugnisse ausüben, die mit der Beförderung zusammenhängen, einschließlich des Festhaltens der zu befördernden Person sowie der Eigensicherung. Sie sind verpflichtet, sämtliche Maßnahmen zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vorzunehmen. Sie melden der in Absatz 1 genannten Behörde des anderen Vertragsstaates unverzüglich alle Zwischenfälle, zu denen es auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates kommt.

c) Sofern die zu übergebende Person keine erhöhte Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung darstellt, ist unter Einhaltung allgemeiner Beförderungsbedingungen die Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln zulässig. Im Luftverkehr kann die Person in solchen Fällen auch ohne begleitende Polizeibeamte befördert werden.

d) Im Falle eines Entweichens der zu befördernden Person sind die begleitenden Polizeibeamten verpflichtet, diese sofort zu verfolgen und sofort die in Absatz 1 genannte Behörde des anderen Vertragsstaates und, wenn möglich, die nächste erreichbare Polizeidienststelle des anderen Vertragsstaates zu verständigen. Die durch die begleitenden Polizeibeamten durchgeführte Verfolgung endet spätestens zu dem Zeitpunkt, zu dem die Verfolgung von den Behörden des anderen Vertragsstaates übernommen wird. Die Verfolgung ist einzustellen, sobald die zuständige Behörde des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet die Verfolgung erfolgt, dies verlangt. Für die Durchführung der Verfolgung gelten die Bestimmungen des Artikels 14 entsprechend.

(3) Die Behörden der Vertragsstaaten unterrichten einander über die Stellen und Einrichtungen auf dem Hoheitsgebiet des eigenen Vertragsstaates, die zur Übergabe von Personen geeignet sind.

(4) Für die Zwecke dieses Artikels gelten als Polizeibeamte für die Bundesrepublik Deutschland auch Angehörige der Justizvollzugsbehörden der Bundesrepublik Deutschland und für die Tschechische Republik auch Angehörige des Gefängnisdienstes der Tschechischen Republik.

Artikel 17

Durchführung der Durchlieferung

(1) Hat ein Vertragsstaat aufgrund eines Ersuchens die Durchlieferung einer in Gewahrsam gehaltenen Person oder einer Person im Strafvollzug durch sein Hoheitsgebiet bewilligt, so vereinbaren die Behörden der Vertragsstaaten die Modalitäten der Durchlieferung. Die Durchlieferung wird durch Polizeibeamte des ersuchten Vertragsstaates durchgeführt und kann unter Begleitung der Polizeibeamten des ersuchenden Vertragsstaates erfolgen. Die Durchlieferung erfolgt stets unter Begleitung der Polizeibeamten des ersuchenden Vertragsstaates, wenn dies die Behörde des ersuchten Vertragsstaates verlangt.

(2) Unbeschadet der Absätze 3 und 4 können die begleitenden Polizeibeamten des ersuchenden Vertragsstaates Aufgaben nur unter Leitung eines Polizeibeamten des ersuchten Vertragsstaates wahrnehmen; sie haben im Rahmen der Durchführung der Durchlieferung dieselben Hoheitsbefugnisse wie dessen Polizeibeamte. Das Handeln der begleitenden Polizeibeamten des ersuchenden Vertragsstaates ist dem ersuchten Vertragsstaat zuzurechnen.

na místě vhodném k bezpečnému předání. K předání může dojít zejména na policejních služebnách v blízkosti státních hranic.

(2) Pro přepravu osob na území druhého smluvního státu platí následující ustanovení:

a) Přeprava se provádí po nejvhodnější trase.

b) Doprovázející policisté mohou na území druhého smluvního státu v souladu s jeho vnitrostátními právními předpisy vykonávat pouze oprávnění, která souvisejí s přepravou, včetně zajištění přepravované osoby, jakož i opatření na vlastní ochranu. Jsou povinni učinit veškerá opatření k zajištění veřejného pořádku a bezpečnosti. Bez zbytečného odkladu nahlásí všechny incidenty, ke kterým dojde na území druhého smluvního státu, orgánu druhého smluvního státu uvedenému v odstavci 1.

c) Pokud předávaná osoba nepředstavuje zvýšené nebezpečí pro veřejný pořádek a bezpečnost, je za dodržení obecných podmínek přepravy přípustná přeprava veřejnými dopravními prostředky. Leteckou dopravou může být osoba v takových případech přepravována i bez doprovodu policistů.

d) V případě útěku přepravované osoby jsou doprovázející policisté povinni ji okamžitě pronásledovat a okamžitě vyrozumět orgán druhého smluvního státu uvedený v odstavci 1 a, je-li to možné, nejbližší dosažitelnou policejní služebnu druhého smluvního státu. Pronásledování prováděné doprovázejícími policisty končí nejpozději v okamžiku, kdy pronásledování převezmou orgány druhého smluvního státu. Pronásledování je nutno zastavit, jakmile to požaduje příslušný orgán smluvního státu, na jehož území pronásledování probíhá. Pro provádění pronásledování platí přiměřeně ustanovení článku 14.

(3) Orgány smluvních států se vzájemně informují o místech a zařízeních na území vlastního smluvního státu, která jsou vhodná pro předávání osob.

(4) Pro účely tohoto článku se za policisty považují pro Spolkovou republiku Německo také příslušníci justičních orgánů pro výkon trestu odnětí svobody Spolkové republiky Německo a pro Českou republiku také příslušníci Vězeňské služby České republiky.

Článek 17

Provádění průvozů

(1) Povolil-li smluvní stát na základě žádosti průvoz osoby držené ve vazbě nebo osoby ve výkonu trestu odnětí svobody přes své území, dohodnou se orgány smluvních států na způsobu provedení průvozu. Průvoz provádějí policisté žádaného smluvního státu a může se uskutečnit s doprovodem policistů žádajícího smluvního státu. Průvoz se uskuteční s doprovodem policistů žádajícího smluvního státu vždy, když o to požádá orgán žádaného smluvního státu.

(2) Aniž by byly dotčeny odstavce 3 a 4, mohou doprovázející policisté žádajícího smluvního státu plnit úkoly pouze pod velením policisty žádaného smluvního státu; mají v rámci realizace průvozu stejná oprávnění jako jeho policisté. Jednání doprovázejících policistů žádajícího smluvního státu je přičítáno žádanému smluvnímu státu.

(3) Stimmt der ersuchte Vertragsstaat zu, kann die Durchlieferung durch Polizeibeamte des ersuchenden Vertragsstaates ohne Anwesenheit von Polizeibeamten des ersuchten Vertragsstaates durchgeführt werden. Die begleitenden Polizeibeamten des ersuchenden Vertragsstaates dürfen im Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates in Übereinstimmung mit dessen innerstaatlichem Recht nur die Hoheitsbefugnisse ausüben, die mit der Durchlieferung von Personen zusammenhängen, einschließlich des Festhaltens der durchzuliefernden Person sowie der Eigensicherung. Sie sind verpflichtet, sämtliche Maßnahmen zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vorzunehmen. Sie melden unverzüglich alle Zwischenfälle, zu denen es auf dem Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates kommt, dessen Behörden.

(4) Kommt es bei einer nach Absatz 3 durchgeführten Durchlieferung zu einem Entweichen der durchzuliefernden Person, sind die begleitenden Polizeibeamten des ersuchenden Vertragsstaates verpflichtet, diese sofort zu verfolgen und die Behörde des ersuchten Vertragsstaates sowie, wenn möglich, die nächste erreichbare Polizeidienststelle dieses Vertragsstaates sofort zu verständigen. Die von den begleitenden Polizeibeamten des ersuchenden Vertragsstaates durchgeführte Verfolgung endet spätestens zu dem Zeitpunkt, zu dem die Verfolgung von den Polizeibeamten des ersuchten Vertragsstaates übernommen wird. Die Verfolgung ist einzustellen, sobald die Behörde des ersuchten Vertragsstaates dies verlangt. Für die Durchführung der Verfolgung gelten die Bestimmungen des Artikels 14 entsprechend.

(5) Vor dem geplanten Beginn der Durchlieferung sind der Behörde des ersuchten Vertragsstaates Angaben über die vorgeschlagene Zeit und Durchlieferungsstrecke, über das gewählte Transportmittel sowie personenbezogene Daten der durchzuliefernden Person und Informationen über eventuell begleitende Polizeibeamte des ersuchenden Vertragsstaates rechtzeitig zu übermitteln.

(6) Die Durchlieferung hat ohne unnötigen Aufenthalt der durchzuliefernden Person und der begleitenden Polizeibeamten des ersuchenden Vertragsstaates im Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates zu erfolgen.

(7) In Fällen, bei denen die Durchlieferung keine erhöhte Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung darstellt, ist es bei Einhaltung allgemeiner Beförderungsbedingungen zulässig, die Durchlieferung mit dem Zug oder auf dem Luftweg durchzuführen.

(8) Die durchzuliefernden Personen benötigen weder ein Reisedokument noch ein Visum.

(9) Für die Zwecke dieses Artikels gelten als Polizeibeamte für die Bundesrepublik Deutschland auch Angehörige der Justizvollzugsbehörden der Bundesrepublik Deutschland.

Artikel 18

Zeugenschutz

(1) Die Behörden der Vertragsstaaten leisten einander beim Schutz von Zeugen und diesen nahestehenden Personen (im Folgenden nur „die zu schützende Person“ genannt) Hilfe.

(2) Die Hilfe umfasst insbesondere den Austausch von Informationen einschließlich personenbezogener Daten, die logistische Hilfe sowie die Übernahme von zu schützenden Personen.

(3) Die zu schützende Person, die übernommen wird, muss im ersuchenden Vertragsstaat im Zeugenschutzprogramm aufgenommen sein; sie wird nicht in das Zeugenschutzprogramm des ersuchten Vertragsstaates aufgenommen. Die Maßnahmen zum Schutz der zu schützenden Person richten sich nach dem innerstaatlichen Recht des ersuchten Vertragsstaates. Der ersuchende Vertragsstaat stellt alle zur Durchführung dieser Maßnahmen notwendigen Informationen zur Verfügung.

(3) Pokud s tím bude žádaný smluvní stát souhlasit, může být průvoz proveden policisty žádajícího smluvního státu bez přítomnosti policistů žádaného smluvního státu. Doprovázející policisté žádajícího smluvního státu mohou na území žádaného smluvního státu v souladu s jeho vnitrostátními právními předpisy vykonávat pouze ta oprávnění, která souvisejí s průvozem osob, včetně zajištění provážené osoby, jakož i opatření na vlastní ochranu. Jsou povinni učinit veškerá opatření k zajištění veřejného pořádku a bezpečnosti. Všechny incidenty, ke kterým dojde na území žádaného smluvního státu, bez zbytečného odkladu nahlásí jeho orgánům.

(4) Jestliže dojde při průvozu prováděném podle odstavce 3 k útěku provážené osoby, jsou doprovázející policisté žádajícího smluvního státu povinni ji okamžitě pronásledovat a okamžitě vyrozumět orgán žádaného smluvního státu a, je-li to možné, nejbližší dosažitelnou policejní služebnu tohoto smluvního státu. Pronásledování prováděné doprovázejícími policisty žádajícího smluvního státu končí nejpozději v okamžiku, kdy pronásledování převezmou policisté žádaného smluvního státu. Pronásledování je nutno zastavit, jakmile to požaduje orgán žádaného smluvního státu. Pro provádění pronásledování platí přiměřeně ustanovení článku 14.

(5) Před plánovaným zahájením průvozu musí být orgánu žádaného smluvního státu včas zaslány údaje o navrhovaném času a trase průvozu, zvoleném dopravním prostředku, jakož i osobní údaje provážené osoby a informace o případných doprovázejících policistech žádajícího smluvního státu.

(6) Průvoz se musí uskutečnit bez zbytečného pobytu provážené osoby a doprovázejících policistů žádajícího smluvního státu na území žádaného smluvního státu.

(7) V případech, kdy průvoz nepředstavuje zvýšené nebezpečí pro veřejný pořádek a bezpečnost, je za dodržení obecných podmínek přepravy přípustné uskutečnění průvozu vlakem či letecky.

(8) Provážené osoby nepotřebují cestovní doklad ani vízum.

(9) Pro účely tohoto článku se za policisty považují pro Spolkovou republiku Německo také příslušníci justičních orgánů pro výkon trestu odnětí svobody Spolkové republiky Německo.

Článek 18

Ochrana svědka

(1) Orgány smluvních států si poskytují pomoc při ochraně svědků a osob jim blízkých (dále jen „chráněná osoba“).

(2) Pomoc zahrnuje zejména výměnu informací, včetně osobních údajů, logistickou pomoc, jakož i přebírání chráněných osob.

(3) Chráněná osoba, která je přebírána, musí být v žádajícím smluvním státě zařazena do programu ochrany svědka; nebude zařazena do programu ochrany svědka žádaného smluvního státu. Opatření k ochraně chráněné osoby se řídí vnitrostátními právními předpisy žádaného smluvního státu. Žádající smluvní stát poskytne všechny informace potřebné k provedení těchto opatření.

(4) Der ersuchende Vertragsstaat trägt, sofern erforderlich, die Lebenshaltungskosten für die zu schützende Person sowie Kosten für besondere vom ersuchenden Vertragsstaat erbetene Maßnahmen. Der ersuchte Vertragsstaat trägt die Kosten für Personal- und Sachaufwand, der im Zusammenhang mit dem Schutz der zu schützenden Personen steht, sowie für nicht mit dem ersuchenden Vertragsstaat abgestimmte Maßnahmen. Die Zahlungen erfolgen grundsätzlich im Voraus. Die Einzelheiten werden vor der Übernahme der zu schützenden Person zwischen den zuständigen Behörden vereinbart.

(5) Der ersuchte Vertragsstaat kann bei Vorliegen schwerwiegender Gründe und nach vorheriger Konsultation des ersuchenden Vertragsstaates die Maßnahmen nach Absatz 3 beenden. Der ersuchende Vertragsstaat ist in diesem Fall verpflichtet, die zu schützende Person wieder zu übernehmen.

Artikel 19

Begleitung von Gefahrgut-, Großraum- oder Schwertransporten

(1) Entscheidet die zuständige Behörde des einen Vertragsstaates, einen Gefahrgut-, Großraum- oder Schwertransport bis an die Grenze des anderen Vertragsstaates zu begleiten, teilt sie dies unverzüglich der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates mit. Ferner übermittelt sie die erforderlichen Informationen über den Charakter der Ladung und die Gründe der Begleitung. Die Mitteilung kann auch über das Gemeinsame Zentrum erfolgen.

(2) Die Polizeibeamten des einen Vertragsstaates können zur Vorbereitung des Grenzübertritts eines zu begleitenden Gefahrgut-, Großraum- oder Schwertransports in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates einreisen, ohne dort Hoheitsbefugnisse auszuüben. Die geplante Einreise ist der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates vorab mitzuteilen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander bei Bedarf geeignete Flächen auf dem Hoheitsgebiet ihres Vertragsstaates zum Abstellen eines Gefahrgut-, Großraum- oder Schwertransports mit.

Artikel 20

Durchfahrt

(1) Sofern erforderlich, dürfen Polizeibeamte das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates durchfahren, um einen Einsatzort im Hoheitsgebiet ihres Vertragsstaates schnellstmöglich zu erreichen. Über die Durchfahrt sind unverzüglich, wenn möglich noch vor dem Grenzübertritt, die in Artikel 2 Absatz 4 genannten Behörden des anderen Vertragsstaates, in der Regel über das Gemeinsame Zentrum, zu unterrichten.

(2) Absatz 1 Satz 1 findet auch in den Fällen Anwendung, in denen die Rückfahrt von einem Einsatzort nicht anders möglich ist.

Artikel 21

Zusammenarbeit bei der vorübergehenden Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen

(1) Im Falle der vorübergehenden Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen nach Maßgabe des Rechts der Europäischen Union durch einen oder beide Vertragsstaaten können Grenzkontrollstellen an den Binnengrenzen auch auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates errichtet werden, soweit

a) keine geeignete Örtlichkeit auf dem Hoheitsgebiet des Vertragsstaates zur Verfügung steht, der diese Grenzkontrollen an den Binnengrenzen einführt,

b) dies zur Durchführung einer Grenzkontrolle an den Binnengrenzen erforderlich ist, und

(4) Žádající smluvní stát hradí, pokud je to potřebné, životní náklady chráněné osoby, jakož i náklady na zvláštní opatření, která si žádající smluvní stát vyžádá. Žádaný smluvní stát hradí náklady na personál a věcné náklady spojené s ochranou chráněných osob, jakož i na opatření, která nebyla s žádajícím smluvním státem dohodnuta. Platby se provádějí zásadně předem. Podrobnosti budou před převzetím chráněné osoby dohodnuty mezi příslušnými orgány.

(5) Žádaný smluvní stát může při existenci závažných důvodů a po předchozí konzultaci žádajícího smluvního státu opatření podle odstavce 3 ukončit. Žádající smluvní stát je v takovém případě povinen chráněnou osobu převzít zpět.

Článek 19

Doprovody nebezpečných, nadrozměrných nebo nadměrných nákladů

(1) Rozhodne-li příslušný orgán jednoho smluvního státu o uskutečnění doprovodu nebezpečného, nadrozměrného nebo nadměrného nákladu až na hranice druhého smluvního státu, oznámí tuto skutečnost bez zbytečného odkladu příslušnému orgánu druhého smluvního státu. Dále předá potřebné informace o charakteru nákladu a důvodech doprovodu. Oznámení může být učiněno i prostřednictvím společného centra.

(2) Policisté jednoho smluvního státu mohou za účelem přípravy překročení státních hranic doprovázeným nebezpečným, nadrozměrným nebo nadměrným nákladem vstoupit na území druhého smluvního státu, aniž by tam vykonávali oprávnění. Plánovaný vstup se musí předem oznámit příslušnému orgánu druhého smluvního státu. Příslušné orgány smluvních států si sdělí v případě potřeby vhodné plochy na území svého smluvního státu k odstavení nebezpečného, nadrozměrného nebo nadměrného nákladu.

Článek 20

Průjezd

(1) Pokud je to potřebné, mohou policisté projet přes území druhého smluvního státu, aby dosáhli co možná nejrychleji místa nasazení na území svého smluvního státu. O průjezdu musí být bez zbytečného odkladu, pokud možno ještě před překročením státních hranic, informovány, zpravidla prostřednictvím společného centra, orgány druhého smluvního státu uvedené v článku 2 odst. 4.

(2) První věta odstavce 1 se použije i v případech, kdy návrat z místa nasazení není jiným způsobem možný.

Článek 21

Spolupráce při dočasném znovuzavedení ochrany vnitřních hranic

(1) V případě dočasného znovuzavedení ochrany vnitřních hranic podle práva Evropské unie jedním nebo oběma smluvními státy, mohou být zřízena místa pro kontroly na vnitřních hranicích i na území druhého smluvního státu, pokud

a) není na území smluvního státu, který zavádí dočasnou ochranu vnitřních hranic, k dispozici vhodná lokalita,

b) je to nutné pro provedení kontrol na vnitřních hranicích a

c) die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaates dem im Einzelfall zustimmt.

Die Grenzkontrollstellen an den Binnengrenzen werden möglichst nahe der Staatsgrenze errichtet. Auf den grenzüberschreitenden Strecken des Eisenbahn- und Schiffsverkehrs können die Grenzkontrollen an den Binnengrenzen auch während der Fahrt in den Zügen und auf Schiffen durchgeführt werden.

(2) Die Zustimmung nach Absatz 1 kann an die Erfüllung gewisser Bedingungen gebunden werden. Die Durchführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen nach Absatz 1 ist unverzüglich einzustellen, sobald dies der Vertragsstaat verlangt, auf dessen Hoheitsgebiet sie durchgeführt werden.

(3) In einer Durchführungsvereinbarung nach Artikel 34 Absatz 1 werden

a) die Stellen und Strecken, an denen Grenzkontrollen an den Binnengrenzen nach Absatz 1 durchgeführt werden können (im Folgenden nur „Grenzkontrollraum“ genannt),

b) die Bedingungen für deren Durchführung und

c) weitere Einzelheiten der Zusammenarbeit nach diesem Artikel

festgelegt.

(4) Die Grenzkontrollen an den Binnengrenzen nach Absatz 1 werden in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaates durchgeführt, der die Grenzkontrollen an den Binnengrenzen eingeführt hat. Die Grenzkontrollen an den Binnengrenzen werden durch Polizeibeamte dieses Vertragsstaates durchgeführt. Ihre Amtshandlungen gelten als auf dem Hoheitsgebiet ihres Vertragsstaates ausgeübte Amtshandlungen.

(5) Die nach Absatz 1 auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates tätigen Polizeibeamten können sämtliche Hoheitsbefugnisse ausüben, die mit Grenzkontrollen zusammenhängen, einschließlich des Anhaltens, der Festnahme, der Ingewahrsamnahme und der Einreiseverweigerung sowie des Verbringens in das Hoheitsgebiet des eigenen Vertragsstaates. Zugleich haben sie sämtliche Hoheitsbefugnisse, die für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Grenzkontrollraum erforderlich sind. Die Polizeibeamten dürfen zur Durchführung der Grenzkontrollen an den Binnengrenzen Uniform tragen und die durch das innerstaatliche Recht ihres Vertragsstaates zugelassenen Dienstwaffen, Munition, Zwangsmittel sowie sonstige Ausrüstungsgegenstände mitführen. Sie dürfen Dienstwaffen und Zwangsmittel nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts ihres Vertragsstaates einsetzen; von der Dienstwaffe dürfen sie jedoch nur im Falle der Notwehr oder Nothilfe Gebrauch machen.

(6) Die Befugnis der Verbringung in das Hoheitsgebiet des eigenen Vertragsstaates betrifft nicht die Staatsangehörigen des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet die Grenzkontrollen an den Binnengrenzen stattfinden. Diese können von den die Grenzkontrollen an den Binnengrenzen durchführenden Polizeibeamten bis zum Zeitpunkt ihrer Übergabe an die Polizeibeamten des anderen Vertragsstaates festgehalten werden. Die Übergabe erfolgt unverzüglich.

(7) Kommt es im Grenzkontrollraum zur Verletzung von mit dem Grenzübertritt von Personen oder mit der Ein-, Aus- oder Durchfuhr von Waren zusammenhängenden Vorschriften des Vertragsstaates, der die Grenzkontrollen an den Binnengrenzen eingeführt hat, gilt diese als Verletzung, die auf dem Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaates begangen wurde.

(8) Im Grenzkontrollraum können auch Polizeibeamte des anderen Vertragsstaates anwesend sein.

(9) Führen die Vertragsstaaten die Grenzkontrollen an den Binnengrenzen gemeinsam durch, werden diese zuerst durch die Polizeibeamten des Vertragsstaates durchgeführt, dessen Hoheitsgebiet die Person oder die Ware verlässt.

c) příslušný orgán druhého smluvního státu s tím v konkrétním případě souhlasí.

Místa pro kontroly na vnitřních hranicích budou zřízena co nejblíže státním hranicím. Kontroly na vnitřních hranicích mohou být prováděny také během jízdy ve vlacích a na lodích na přeshraničních trasách železniční a lodní dopravy.

(2) Souhlas podle odstavce 1 může být vázán na splnění určitých podmínek. Provádění kontrol na vnitřních hranicích podle odstavce 1 je nutné bez zbytečného odkladu ukončit, jakmile to požaduje smluvní stát, na jehož území jsou prováděny.

(3) V prováděcím ujednání podle článku 34 odst. 1 budou stanoveny

a) místa a trasy, na kterých mohou být prováděny kontroly na vnitřních hranicích podle odstavce 1 (dále jen „prostor hraničních kontrol“),

b) podmínky jejich provádění a

c) další podrobnosti spolupráce podle tohoto článku.

(4) Kontroly na vnitřních hranicích podle odstavce 1 se provádějí v souladu s vnitrostátními právními předpisy smluvního státu, který zavedl ochranu vnitřních hranic. Kontroly na vnitřních hranicích provádějí policisté tohoto smluvního státu. Jejich úřední úkony se považují za úřední úkony provedené na území jejich smluvního státu.

(5) Policisté působící podle odstavce 1 na území druhého smluvního státu mohou vykonávat veškerá oprávnění, která souvisejí s ochranou vnitřních hranic, včetně zastavení, zadržení, zajištění a odepření vstupu, jakož i převezení na území vlastního smluvního státu. Současně mají veškerá oprávnění nezbytná k zajištění veřejného pořádku a bezpečnosti v prostoru hraničních kontrol. Policisté mohou při provádění kontrol na vnitřních hranicích nosit uniformu a nosit služební zbraně, střelivo, donucovací prostředky a jiné součásti výzbroje, povolené vnitrostátními právními předpisy svého smluvního státu. Služební zbraně a donucovací prostředky mohou použít v souladu s vnitrostátními právními předpisy svého smluvního státu; služební zbraně však pouze v případě nutné obrany a krajní nouze.

(6) Oprávnění převézt na území vlastního smluvního státu se netýká občanů smluvního státu, na jehož území probíhají kontroly na vnitřních hranicích. Ti mohou být policisty, kteří provádějí kontroly na vnitřních hranicích, zajištěni do doby svého předání policistům druhého smluvního státu. Takové předání se uskuteční bez zbytečného odkladu.

(7) Dojde-li v prostoru hraničních kontrol k porušení předpisů smluvního státu, který zavedl ochranu vnitřních hranic, souvisejících s překračováním státních hranic osobami nebo s dovozem, vývozem nebo průvozem zboží, považuje se to za porušení spáchané na území tohoto smluvního státu.

(8) V prostoru hraničních kontrol mohou být přítomni i policisté druhého smluvního státu.

(9) Provádějí-li smluvní státy kontroly na vnitřních hranicích společně, provedou tyto kontroly nejdříve policisté smluvního státu, jehož území osoba nebo zboží opouští.

Kapitel III

Rechtsverhältnisse

Artikel 22

Einsatz von Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeugen

(1) Die nach diesem Vertrag auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates tätigen Polizeibeamten dürfen Dienstkraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge einsetzen. Hierbei unterliegen sie denselben verkehrsrechtlichen Bestimmungen, einschließlich der binnenschifffahrtsrechtlichen und luftverkehrsrechtlichen Bestimmungen, wie Polizeibeamte des anderen Vertragsstaates. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Inanspruchnahme von Sonder- und Wegerechten.

(2) Dienstkraftfahrzeuge sind auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates von Straßen- und Autobahngebühren im gleichen Umfang wie die durch die Polizeibeamten dieses Vertragsstaates benutzten Dienstkraftfahrzeuge befreit.

(3) Luftfahrzeuge müssen im Herkunftsstaat für die jeweilige Einsatzart zugelassen sein.

(4) Bei Flügen nach Sichtflugregeln entfällt bei Tag die Flugplanpflicht. Flüge nach Instrumentenflugregeln dürfen nur im kontrollierten Luftraum durchgeführt werden und werden von der zuständigen Flugverkehrskontrollstelle überwacht. Vor Einflug des Luftfahrzeugs in den Flugabschnitt nach Instrumentenflugregeln oder vor Einflug in den Luftraum der Klasse C oder D sind der zuständigen Flugverkehrskontrollstelle die erforderlichen Flugplandaten zu übermitteln und eine Flugverkehrskontrollfreigabe zum Einflug einzuholen. Gleiches gilt auch für Flüge nach Sichtflugregeln bei Nacht.

(5) Unter Berücksichtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dürfen Luftfahrzeuge auch außerhalb von Flugplätzen oder dazu bestimmter Flächen starten und landen sowie von der festgelegten Mindestflughöhe abweichen, soweit dies zur Wahrnehmung der Aufgaben nach diesem Vertrag erforderlich ist.

Artikel 23

Rechtsstellung von Polizeibeamten auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates

(1) Polizeibeamte des einen Vertragsstaates, die bei der Wahrnehmung von Aufgaben nach diesem Vertrag auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates tätig sind, sind an das innerstaatliche Recht des anderen Vertragsstaates gebunden. Ihnen stehen keine Hoheitsbefugnisse zu, soweit dieser Vertrag nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt.

(2) Polizeibeamte dürfen auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates, soweit dieser Vertrag nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt,

a) Uniform tragen und die durch das innerstaatliche Recht ihres Vertragsstaates zugelassenen Dienstwaffen, Munition, Zwangsmittel sowie sonstigen Ausrüstungsgegenstände mitführen, es sei denn, die Behörde des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet die Polizeibeamten tätig werden, teilt im Einzelfall mit, dass sie dies nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen gestattet,

b) Zwangsmittel in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet sie sich befinden, einsetzen,

c) bei der Wahrnehmung von Aufgaben nach diesem Vertrag ohne Reisedokument in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates einreisen und sich in dessen Hoheitsgebiet für die hierfür erforderliche Zeit aufhalten, sofern sie einen mit Lichtbild versehenen Dienstausweis bei sich führen,

d) die Staatsgrenze an jeder beliebigen Stelle überschreiten, sofern dies die Wahrnehmung der Aufgaben nach diesem Vertrag erfordert,

Kapitola III

Právní poměry

Článek 22

Nasazení vozidel, letadel a plavidel

(1) Policisté působící podle této smlouvy na území druhého smluvního státu mohou používat služební vozidla, letadla a plavidla. Přitom podléhají stejným dopravním předpisům, včetně pravidel provozu pro vnitrozemskou plavbu a předpisů pro letecký provoz, jako policisté druhého smluvního státu. To platí zejména ve vztahu k využití zvláštních oprávnění a práva přednosti v jízdě.

(2) Služební vozidla jsou na území druhého smluvního státu osvobozena od silničních a dálničních poplatků ve stejném rozsahu jako služební vozidla používaná policisty tohoto smluvního státu.

(3) Letadla musí mít v zemi původu povolení k příslušnému druhu nasazení.

(4) U letů podle pravidel pro lety za viditelnosti ve dne není stanovena povinnost podávat letový plán. Lety podle přístrojů se mohou provádět pouze v řízeném vzdušném prostoru a jsou řízeny příslušným stanovištěm řízení letového provozu. Před vstupem letadla do úseku letu podle přístrojů nebo před vstupem do vzdušného prostoru třídy C nebo D je třeba předat příslušnému stanovišti řízení letového provozu potřebné údaje o letovém plánu a získat povolení stanoviště řízení letového provozu ke vstupu. To platí i pro lety podle pravidel pro lety za viditelnosti v noci.

(5) Při zohlednění veřejného pořádku a bezpečnosti mohou letadla vzlétat a přistávat také mimo letiště nebo k tomu určené plochy a odchýlit se od stanovené minimální výšky letu, pokud je to nutné k plnění úkolů podle této smlouvy.

Článek 23

Právní postavení policistů na území druhého smluvního státu

(1) Policisté, kteří při plnění úkolů podle této smlouvy působí na území druhého smluvního státu, jsou vázáni vnitrostátními právními předpisy druhého smluvního státu. Nemají žádná oprávnění, pokud tato smlouva výslovně nestanoví jinak.

(2) Policisté mohou na území druhého smluvního státu, pokud tato smlouva výslovně nestanoví jinak,

a) nosit uniformu a nosit služební zbraně, střelivo, donucovací prostředky, jakož i jiné součásti výzbroje, povolené vnitrostátními právními předpisy jejich smluvního státu, ledaže orgán smluvního státu, na jehož území policisté působí, v konkrétním případě sdělí, že to nepovoluje nebo povoluje jen za určitých podmínek,

b) použít donucovací prostředky v souladu s vnitrostátními právními předpisy smluvního státu, na jehož území se nacházejí,

c) při plnění úkolů podle této smlouvy vstupovat na území druhého smluvního státu bez cestovního dokladu a zdržovat se na jeho území po nezbytnou dobu, pokud u sebe mají služební průkaz opatřený fotografií,

d) překračovat státní hranice na jakémkoli místě, vyžaduje-li to plnění úkolů podle této smlouvy,

e) Ausstattungsgegenstände sowie Diensttiere, die für die Wahrnehmung von Aufgaben nach diesem Vertrag erforderlich sind, in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet sie sich befinden, mit sich führen und einsetzen.

(3) Dienstwaffen dürfen nur im Falle der Notwehr oder der Nothilfe eingesetzt werden. In den Fällen der Artikel 10 und 12 können im Einzelfall Dienstwaffen auch darüber hinaus eingesetzt werden, soweit dies der einsatzleitende Polizeibeamte ausdrücklich genehmigt und der Einsatz der Dienstwaffe in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaates steht, auf dessen Hoheitsgebiet der Einsatz erfolgt.

(4) Polizeibeamte, die bei der Wahrnehmung von Aufgaben nach diesem Vertrag auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates tätig sind, sind im Eisenbahnverkehr im gleichen Umfang von Beförderungsentgelten befreit wie Polizeibeamte des anderen Vertragsstaates.

(5) Polizeibeamte, die bei der Wahrnehmung von Aufgaben nach diesem Vertrag auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates tätig sind, sind in Bezug auf die Straftaten, die sie begehen oder die ihnen gegenüber begangen werden, den Polizeibeamten dieses Vertragsstaates gleichgestellt.

Artikel 24

Dienstverhältnisse

(1) Die auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates tätigen Polizeibeamten unterliegen in dienstrechtlicher, insbesondere in disziplinarrechtlicher und haftungsrechtlicher Hinsicht ausschließlich dem innerstaatlichen Recht ihres Vertragsstaates.

(2) Jeder Vertragsstaat ist verpflichtet, die in sein Hoheitsgebiet entsandten Polizeibeamten des anderen Vertragsstaates zu schützen und ihnen in gleicher Weise wie eigenen Polizeibeamten Hilfe zu leisten.

Artikel 25

Haftung für Schäden

(1) Die Vertragsstaaten verzichten auf sämtliche Entschädigungsansprüche wegen des Verlustes oder der Beschädigung ihres Eigentums, wenn der Schaden von einem Polizeibeamten des anderen Vertragsstaates bei der Wahrnehmung von Aufgaben nach diesem Vertrag verursacht worden ist.

(2) Die Vertragsstaaten verzichten auf sämtliche Entschädigungsansprüche aufgrund gesundheitlicher Schäden oder des Todes eines Polizeibeamten, wenn der Schaden bei der Wahrnehmung von Aufgaben nach diesem Vertrag eingetreten ist. Schadenersatzansprüche des Polizeibeamten oder seiner Hinterbliebenen bleiben hiervon unberührt.

(3) Die Bestimmungen des Absatzes 1 sowie des Absatzes 2 Satz 1 finden keine Anwendung, wenn der Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt worden ist.

(4) Für einen Schaden, den ein Polizeibeamter des einen Vertragsstaates bei der Wahrnehmung von Aufgaben nach diesem Vertrag im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates einem Dritten zugefügt hat, haftet der Vertragsstaat, auf dessen Hoheitsgebiet der Schaden eingetreten ist, nach Maßgabe der innerstaatlichen Rechtsvorschriften, die im Fall eines durch einen eigenen Polizeibeamten verursachten Schadens Anwendung fänden. Der Gesamtbetrag des Schadenersatzes, den dieser Vertragsstaat geleistet hat, wird ihm von dem Vertragsstaat, dessen Polizeibeamter den Schaden verursacht hat, erstattet. Satz 2 findet keine Anwendung, wenn der den Schaden verursachende Polizeibeamte den Behörden des anderen Vertragsstaates nach Artikel 12 unterstellt war, sowie in Fällen, in denen der Schaden aufgrund einer Weisung des einsatzleitenden Polizeibeamten des anderen Vertragsstaates verursacht worden ist.

(5) Im Falle eines Schadens am Eigentum des einen Vertragsstaates, der auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates durch das Handeln eines Dritten entstanden ist, fordert den

e) mít u sebe a používat vybavení a služební zvířata, pokud je to nezbytné pro plnění úkolů podle této smlouvy, v souladu s vnitrostátními právními předpisy smluvního státu, na jehož území se nacházejí.

(3) Služební zbraně se mohou používat pouze v případě nutné obrany nebo krajní nouze. V případě článků 10 a 12 mohou být v konkrétním případě služební zbraně použity i nad tento rámec, pokud to výslovně povolí policista řídící zásah a pokud je použití služební zbraně v souladu s vnitrostátními právními předpisy smluvního státu, na jehož území zásah probíhá.

(4) Policisté, kteří při plnění úkolů podle této smlouvy působí na území druhého smluvního státu, jsou osvobozeni od jízdného v železniční dopravě ve stejném rozsahu jako policisté druhého smluvního státu.

(5) Policisté, kteří při plnění úkolů podle této smlouvy působí na území druhého smluvního státu, jsou ve vztahu k trestným činům, které spáchají nebo které jsou spáchány na nich, postaveni na roveň policistům tohoto smluvního státu.

Článek 24

Služební poměry

(1) Z hlediska služebního poměru podléhají policisté působící na území druhého smluvního státu, zejména pokud jde o disciplinární předpisy a předpisy upravující jejich odpovědnost, výlučně vnitrostátním právním předpisům svého smluvního státu.

(2) Každý smluvní stát je povinen chránit policisty druhého smluvního státu vyslané na jeho území a pomáhat jim stejným způsobem jako vlastním policistům.

Článek 25

Odpovědnost za škodu

(1) Smluvní státy se zříkají veškerých nároků na náhradu škody způsobené ztrátou nebo poškozením jejich majetku, jestliže byla škoda způsobena policistou druhého smluvního státu při plnění úkolů podle této smlouvy.

(2) Smluvní státy se zříkají veškerých nároků na náhradu škody způsobené újmou na zdraví nebo smrtí policisty, jestliže škoda vznikla při plnění úkolů podle této smlouvy. Tím nejsou dotčeny nároky na náhradu škody policisty nebo pozůstalých osob.

(3) Ustanovení odstavce 1 a první věta odstavce 2 se nepoužijí, pokud byla škoda způsobena úmyslně nebo z hrubé nedbalosti.

(4) Za škodu, kterou způsobí policista jednoho smluvního státu při plnění úkolů podle této smlouvy na území druhého smluvního státu třetí osobě, odpovídá smluvní stát, na jehož území škoda vznikla, podle vnitrostátních právních předpisů, které by se použily v případě, že by škodu způsobil jeho vlastní policista. Celková částka náhrady škody, kterou tento smluvní stát poskytl, mu bude uhrazena smluvním státem, jehož policista škodu způsobil. Druhá věta se nepoužije, byl-li policista, který škodu způsobil, podřízen orgánům druhého smluvního státu podle článku 12, jakož i v případech, ve kterých byla škoda způsobena v důsledku pokynu policisty druhého smluvního státu, řídícího zásah.

(5) V případě škody na majetku jednoho smluvního státu, která vznikla na území druhého smluvního státu v důsledku jednání třetí osoby, vymáhá náhradu škody smluvní stát, na jehož území

Schadenersatz der Vertragsstaat ein, auf dessen Hoheitsgebiet der Schaden entstanden ist. Dies gilt nicht, wenn der Vertragsstaat, dem der Schaden entstanden ist, auf die Einforderung des Schadenersatzes verzichtet. Der erlangte Schadenersatz wird an den Vertragsstaat weitergeleitet, dem der Schaden entstanden ist.

škoda vznikla. To neplatí, pokud smluvní stát, jemuž škoda vznikla, od požadavku na náhradu škody ustoupí. Získaná náhrada škody bude postoupena smluvnímu státu, jemuž škoda vznikla.

Artikel 26

Sprachen

Bei der Durchführung dieses Vertrages werden die Amtssprachen der Vertragsstaaten oder die englische Sprache verwendet.

Článek 26

Jazyky

Při provádění této smlouvy jsou používány úřední jazyky smluvních států nebo anglický jazyk.

Artikel 27

Kosten

Wenn in diesem Vertrag oder in den Durchführungsvereinbarungen nach Artikel 34 Absatz 1 nichts anderes festgelegt ist oder zwischen den Behörden im Voraus nichts anderes vereinbart wird, trägt jeder Vertragsstaat die seinen Behörden aus der Durchführung dieses Vertrages entstehenden Kosten selbst.

Článek 27

Náklady

Není-li v této smlouvě nebo v prováděcích ujednáních podle článku 34 odst. 1 stanoveno nebo mezi orgány předem dohodnuto jinak, hradí každý smluvní stát sám náklady vznikající jeho orgánům z provádění této smlouvy.

Artikel 28

Einschränkung der Zusammenarbeit

(1) Ist einer der Vertragsstaaten der Ansicht, dass die Erfüllung eines Ersuchens um Zusammenarbeit oder eine andere Maßnahme auf der Grundlage dieses Vertrages seine Souveränität beeinträchtigen, seine Sicherheit oder andere wesentliche Interessen gefährden oder sein innerstaatliches Recht verletzen kann, kann er die Zusammenarbeit oder eine andere Maßnahme ganz oder teilweise verweigern oder an die Erfüllung bestimmter Bedingungen knüpfen. Die Erfüllung eines Ersuchens um Zusammenarbeit betreffend eine Ordnungswidrigkeit kann auch dann verweigert werden, wenn der mit dessen Erledigung zusammenhängende Aufwand in einem offensichtlichen Missverhältnis zur Schwere der Ordnungswidrigkeit steht.

(2) Schriftstücke, Informationen und Ausstattungsgegenstände, die aufgrund dieses Vertrages übergeben wurden, dürfen ohne vorherige Zustimmung der übergebenden Behörde nicht an Dritte weitergegeben werden.

Článek 28

Omezení spolupráce

(1) Má-li některý ze smluvních států za to, že splnění žádosti o spolupráci nebo jiné opatření na základě této smlouvy může omezit jeho svrchovanost, ohrozit bezpečnost nebo jiné podstatné zájmy nebo porušit jeho vnitrostátní právní předpisy, může spolupráci nebo jiné opatření zcela nebo z části odepřít nebo vázat na splnění určitých podmínek. Splnění žádosti o spolupráci týkající se správního deliktu je možno odepřít i tehdy, pokud jsou pracovní nebo finanční zátěž související s jejím vyřízením ve zjevném nepoměru k závažnosti správního deliktu.

(2) Písemnosti, informace a vybavení, které byly předány na základě této smlouvy, nesmí být bez předchozího souhlasu předávajícího orgánu postupovány třetím subjektům.

Artikel 29

Verschlusssachen

Für die Übermittlung von Verschlusssachen werden die Bestimmungen der gültigen völkerrechtlichen Übereinkunft, die die Übermittlung und den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen regelt, mit der Maßgabe angewendet, dass Verschlusssachen unmittelbar zwischen den Behörden der Vertragsstaaten übermittelt werden können.

Článek 29

Utajované informace

Pro předávání utajovaných informací se použijí ustanovení platné mezinárodní smlouvy upravující předávání a vzájemnou ochranu utajovaných informací s tím, že utajované informace mohou být předávány bezprostředně mezi orgány smluvních států.

Artikel 30

Schutz personenbezogener Daten

Soweit aufgrund dieses Vertrages personenbezogene Daten (im Folgenden nur „Daten“ genannt) übermittelt werden, erfolgt die Verarbeitung in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht der Vertragsstaaten unter Beachtung der nachfolgenden Bestimmungen:

a) Die Verwendung von Daten durch die empfangene Behörde ist im Rahmen dieses Vertrages nur zu dem Zweck, zu dem sie übermittelt worden sind, und nur unter den durch die übermittelnde Behörde festgelegten Bedingungen, zulässig. Ihre Verwendung ist darüber hinaus im Rahmen dieses Vertrages und unter Beachtung der durch die übermittelnde Behörde festgelegten Bedingungen zur Verhütung und Aufklärung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie zur Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zulässig. Zu anderen Zwecken können die Daten nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der übermittelnden Behörde verwendet werden. Die Zustimmung wird

Článek 30

Ochrana osobních údajů

Pokud jsou na základě této smlouvy předávány osobní údaje (dále jen „údaje“), jejich zpracování probíhá v souladu s vnitrostátními právními předpisy smluvních států při dodržování následujících ustanovení:

a) Použití údajů přijímajícím orgánem je v rámci této smlouvy přípustné pouze k účelu, pro který byly předány, a pouze za podmínek stanovených předávajícím orgánem. Kromě toho je v rámci této smlouvy a při dodržování podmínek stanovených předávajícím orgánem jejich použití přípustné za účelem předcházení a objasňování trestných činů závažného významu, jakož i za účelem předcházení závažnému porušení veřejného pořádku a bezpečnosti. K jiným účelům lze údaje použít pouze s předchozím písemným souhlasem předávajícího orgánu. Souhlas nebude udělen, lze-li důvodně předpokládat, že by tím byly porušeny vnitrostátní právní předpisy nebo pokud je to v rozporu s

nicht erteilt, soweit Grund zu der Annahme besteht, dass dadurch innerstaatliches Recht verletzt oder schutzwürdige Interessen des Betroffenen dem entgegenstehen würden.

b) Die empfangene Behörde unterrichtet die übermittelnde Behörde auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die damit erzielten Ergebnisse.

c) Die übermittelnde Behörde ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der Daten, die sie zu übermitteln beabsichtigt, sowie auf deren Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei ist die übermittelnde Behörde verpflichtet, die nach ihrem innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung von Daten unterbleibt, soweit Grund zu der Annahme besteht, dass dadurch innerstaatliches Recht verletzt oder schutzwürdige Interessen des Betroffenen dem entgegenstehen würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so hat die übermittelnde Behörde diese Tatsache der empfangenen Behörde schnellstmöglich mitzuteilen. Die empfangene Behörde ist verpflichtet, unverzüglich die unrichtigen Daten zu berichtigen und die Daten, die nicht übermittelt werden durften, zu löschen.

d) Dem Betroffenen ist auf seinen Antrag hin über die zu seiner Person vorhandenen Daten sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Vor der Entscheidung über einen solchen Antrag wird die Stellungnahme der Behörde des anderen Vertragsstaates eingeholt. Jeder Vertragsstaat kann in Übereinstimmung mit seinem innerstaatlichen Recht darum ersuchen, dass der andere Vertragsstaat den Betroffenen nicht informiert. Der Vertragsstaat, der über den Antrag des Betroffenen entscheidet, informiert den Betroffenen nicht ohne die vorherige Zustimmung des anderen Vertragsstaates. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaates, der über den Antrag des Betroffenen entscheidet.

e) Die übermittelnde Behörde weist bei der Übermittlung von Daten auf die nach ihrem innerstaatlichen Recht geltenden Prüfungs- oder Löschungsfristen hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.

f) Die übermittelnde Behörde und die empfangene Behörde sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von Daten aktenkundig zu machen.

g) Die übermittelnde Behörde und die empfangene Behörde ergreifen geeignete technische und organisatorische Maßnahmen, um die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Änderungen sowie gegen deren unbefugte Weitergabe oder unbefugte Veröffentlichung zu schützen.

h) Wird jemand im Zusammenhang mit Datenübermittlungen nach diesem Vertrag rechtswidrig geschädigt, so haftet ihm für den Schaden die für die Verarbeitung verantwortliche oder die sonst nach innerstaatlichem Recht zuständige Stelle nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts. Die empfangene Behörde kann sich im Rahmen ihrer Haftung nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts gegenüber dem Geschädigten zu seiner Entlastung nicht darauf berufen, dass die übermittelten Daten unrichtig gewesen sind. Leistet die empfangene Behörde Schadenersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von unrichtigen Daten verursacht wurde, so erstattet die zuständige übermittelnde Behörde der empfangenen Behörde den Betrag des geleisteten Schadenersatzes, wobei ein etwaiges Verschulden der empfangenen Behörde zu berücksichtigen ist.

oprávněnými zájmy dotčené osoby.

b) Přijímající orgán na požádání informuje předávající orgán o použití předaných údajů a o výsledcích tím dosažených.

c) Předávající orgán je povinen dbát na správnost údajů, které zamýšlí předat, jakož i na jejich potřebnost a přiměřenost s ohledem na účel sledovaný předáním. Přitom je předávající orgán povinen dbát na zákazy předávání údajů platné podle jeho vnitrostátních právních předpisů. K předání údajů nedojde, lze-li důvodně předpokládat, že by tím byly porušeny vnitrostátní právní předpisy nebo pokud je to v rozporu s oprávněnými zájmy dotčené osoby. Ukáže-li se, že byly předány nesprávné údaje nebo údaje, které nesměly být předány, je předávající orgán povinen tuto skutečnost sdělit co možná nejdříve přijímajícímu orgánu. Přijímající orgán je povinen nesprávné údaje bez zbytečného odkladu opravit a údaje, které nesměly být předány, vymazat.

d) Dotčené osobě je nutno na její žádost poskytnout informaci o údajích o ní existujících, jakož i o zamýšleném účelu jejich použití. Povinnost poskytnout informaci neexistuje, převáží-li nad zájmem dotčené osoby na poskytnutí informace veřejný zájem na tom, aby informace nebyla poskytnuta. Před rozhodnutím o takové žádosti bude vyžádáno stanovisko orgánu druhého smluvního státu. Každý smluvní stát může v souladu se svými vnitrostátními právními předpisy požádat, aby druhý smluvní stát dotčenou osobu neinformoval. Smluvní stát, který o žádosti dotčené osoby rozhoduje, neinformuje dotčenou osobu bez předchozího souhlasu druhého smluvního státu. Jinak se právo dotčené osoby na poskytnutí informace o údajích k ní existujících řídí vnitrostátními právními předpisy toho smluvního státu, který o žádosti dotčené osoby rozhoduje.

e) Při předávání údajů upozorní předávající orgán na lhůty pro přezkoumání nebo výmaz osobních údajů platné podle jeho vnitrostátních právních předpisů. Nezávisle na těchto lhůtách je nutno předané údaje vymazat, pokud již nejsou potřebné k účelu, za jakým byly předány.

f) Předávající orgán a přijímající orgán jsou povinny vést evidenci předání a převzetí údajů.

g) Předávající orgán a přijímající orgán přijmou vhodná technická a organizační opatření, aby účinně chránili předávané údaje proti neoprávněnému přístupu, neoprávněným změnám, jakož i jejich neoprávněnému dalšímu předávání nebo neoprávněnému zveřejňování.

h) Bude-li někdo v souvislosti s předáním údajů podle této smlouvy nezákonně poškozen, odpovídá za škodu orgán zodpovědný za zpracování údajů nebo orgán jinak příslušný podle vnitrostátních právních předpisů, a to podle vnitrostátních právních předpisů. Přijímající orgán se nemůže ve vztahu k poškozenému zprostit podle vnitrostátních právních předpisů odpovědnosti tím, že se odvolá na nesprávnost předaných osobních údajů. Jestliže přijímající orgán poskytne náhradu škody, která vznikla použitím nesprávných údajů, nahradí příslušný předávající orgán přijímajícímu orgánu částku vyplacenou jako náhradu škody, přičemž zohlední jakoukoli možnou chybu přijímajícího orgánu.

Teil II

Änderung des Vertrages vom 2. Februar 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 und die Erleichterung seiner Anwendung

Artikel 31

Der Vertrag vom 2. Februar 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 und die Erleichterung seiner Anwendung wird wie folgt geändert:

1. In Artikel 11 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 1 werden jeweils die Wörter „Bundesministerium der Justiz“ durch die Wörter „Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz“ ersetzt.
2. Artikel 18 wird aufgehoben.
3. Artikel 19 wird wie folgt geändert:
   a) Die Absätze 1 und 2 lauten wie folgt:

      „(1) Beamte eines Vertragsstaates, die im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens wegen einer auslieferungsfähigen Straftat auf dessen Hoheitsgebiet oder dem Hoheitsgebiet eines dritten Staates eine Person oder Sache observieren, sind befugt, die Observation auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates fortzusetzen, wenn dieser der grenzüberschreitenden Observation auf der Grundlage eines zuvor gestellten Ersuchens zugestimmt hat. Die Zustimmung kann mit Auflagen verbunden werden. Auf Verlangen ist die Observation an die Beamten des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet die Observation stattfindet, zu übergeben. Das Ersuchen nach Satz 1 richtet die zuständige Behörde des ersuchenden Vertragsstaates in der Bundesrepublik Deutschland an die örtlich zuständige Staatsanwaltschaft unter gleichzeitiger Übersendung einer Kopie an die nach Absatz 7 jeweils zuständige Zentralstelle und in der Tschechischen Republik an die Bezirksstaatsanwaltschaft Prag. Örtlich zuständig sind in der Bundesrepublik Deutschland die Staatsanwaltschaften, in deren Zuständigkeitsbereich die Grenze voraussichtlich überschritten werden soll.

      (2) Kann wegen der besonderen Dringlichkeit der Angelegenheit eine vorherige Zustimmung des anderen Vertragsstaates nicht beantragt werden, dürfen die Beamten die Observation einer Person unter folgenden Voraussetzungen über die Grenze hinweg fortsetzen:

      1. Der Grenzübertritt ist noch während der Observation unverzüglich der in Absatz 7 bezeichneten Zentralstelle des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet die Observation fortgesetzt werden soll, mitzuteilen; anstelle dieser Zentralstelle kann in der Bundesrepublik Deutschland auch das Bayerische Landeskriminalamt oder das Landeskriminalamt Sachsen benachrichtigt werden.
      2. Ein Ersuchen nach Absatz 1, in dem auch die Gründe dargelegt werden, die einen Grenzübertritt ohne vorherige Zustimmung rechtfertigen, ist unverzüglich nachzureichen.

      Die Observation ist einzustellen, sobald der Vertragsstaat, auf dessen Hoheitsgebiet die Observation stattfindet, aufgrund der Mitteilung nach Ziffer 1 oder des Ersuchens nach Ziffer 2 dies verlangt oder wenn die Zustimmung nicht zwölf Stunden nach Grenzübertritt vorliegt, wobei die Stunden zwischen 21 Uhr und 9 Uhr nicht mitzählen.“

Část II

Změna Smlouvy mezi Spolkovou republikou Německo a Českou republikou o dodatcích k Evropské úmluvě o vzájemné pomoci ve věcech trestních z 20. dubna 1959 a usnadnění jejího používání ze dne 2. února 2000

Článek 31

Smlouva mezi Spolkovou republikou Německo a Českou republikou o dodatcích k Evropské úmluvě o vzájemné pomoci ve věcech trestních z 20. dubna 1959 a usnadnění jejího používání ze dne 2. února 2000 se mění takto:

1. V článku 11 odst. 1 druhé větě a odst. 2 první větě se slova „Spolkovým ministerstvem spravedlnosti“ nahrazují slovy „Spolkovým ministerstvem spravedlnosti a ochrany spotřebitele“.
2. Článek 18 se ruší.
3. Článek 19 se mění takto:
   a) odstavce 1 a 2 znějí takto:

      „(1) Úředníci smluvního státu, kteří v rámci vyšetřování trestného činu podléhajícího vydávání sledují osobu nebo věc na výsostném území tohoto státu, nebo na výsostném území třetího státu jsou oprávněni pokračovat ve sledování na výsostném území druhého smluvního státu, jestliže tento stát s přeshraničním sledováním na základě předem podané žádosti o právní pomoc souhlasil. Tento souhlas může být vázán na podmínky. Na požádání bude sledování předáno úředníkům smluvního státu, na jehož výsostném území se sledování provádí. Žádost o právní pomoc podle věty první adresuje příslušný orgán dožadujícího státu ve Spolkové republice Německo místně příslušnému státnímu zastupitelství a v České republice Krajskému státnímu zastupitelství v Praze, a současně zašle kopii ústřednímu místu příslušnému podle odstavce 7. Místně příslušnými jsou ve Spolkové republice Německo státní zastupitelství, v jejichž obvodu působnosti má být podle očekávání hranice překročena.

      (2) Jestliže nelze s ohledem na zvláštní naléhavost věci požádat o předchozí souhlas druhé smluvní strany, smějí úředníci pokračovat ve sledování osoby dál přes hranici za níže uvedených podmínek:

      1. Přechod hranic musí být bezodkladně ještě v průběhu sledování oznámen ústřednímu místu označenému v odstavci 7 toho smluvního státu, na jehož výsostném území se má ve sledování pokračovat; namísto tohoto ústředního místa lze ve Spolkové republice Německo informovat také Bavorský zemský kriminální úřad nebo Zemský kriminální úřad Saska.
      2. Bezodkladně bude podána dodatečná žádost o právní pomoc podle odstavce 1, v níž budou také uvedeny důvody pro překročení hranic bez předchozího souhlasu.

      Sledování je třeba zastavit, jakmile to bude na základě sdělení podle bodu 1 nebo dožádání podle bodu 2 požadovat smluvní stát, na jehož výsostném území se sledování provádí, nebo jestliže souhlas nebude udělen do dvanácti hodin od překročení hranic s tím, že hodiny mezi devátou hodinou večerní a devátou hodinou ranní se nezapočítávají.“;

b) Nach Absatz 3 werden folgende neue Absätze 4 und 5 eingefügt:

„(4) Sofern die grenzüberschreitende Observation ausschließlich unter Einsatz technischer Mittel erfolgt, ohne dass die Hilfe des anderen Vertragsstaates erforderlich ist, kann die Observation auch ohne vorherige Zustimmung durchgeführt werden. Eine Observation nach Satz 1 muss dem anderen Vertragsstaat unverzüglich mitgeteilt werden, sobald festgestellt wird, dass die observierte Person oder Sache die Grenze überschritten hat; in der Bundesrepublik Deutschland sind die in Absatz 7 bezeichneten Zentralstellen oder die in Absatz 2 Ziffer 1 bezeichneten Stellen, in der Tschechischen Republik ist die in Absatz 7 bezeichnete Zentralstelle zu unterrichten. Die Mitteilung muss Informationen dazu enthalten, für welche Straftat und von welcher Justizbehörde die Observation genehmigt wurde. Die Observation ist einzustellen, sobald der Vertragsstaat, auf dessen Hoheitsgebiet die Observation erfolgt, dies verlangt. Die zuständigen Polizei- oder Zollbehörden der Vertragsstaaten vereinbaren, ob und gegebenenfalls welche technische Maßnahmen, insbesondere Ausbau und Rückführung der eingesetzten technischen Mittel, nach Abschluss der Observation zu ergreifen sind. Die Verwendung der Ergebnisse einer Observation nach Satz 1 bedarf der vorherigen Zustimmung der nach Absatz 1 zuständigen Behörde des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet die Observation stattgefunden hat. Wird die Zustimmung nicht erteilt, dürfen die bei der Observation gewonnenen Ergebnisse nicht verwendet werden, es sei denn, um dringliche Maßnahmen zur Abwehr einer unmittelbaren und ernsthaften Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu ergreifen. Der andere Vertragsstaat wird über jede solche Verwendung unter Angabe der Gründe verständigt.

(5) Die Offenlegung der Identität der observierenden Beamten erfolgt nur nach vorheriger Zustimmung des Vertragsstaates, dessen Beamte identifiziert werden sollen. Absatz 3 Ziffer 5 bleibt unberührt.“

c) Die bisherigen Absätze 4 und 5 werden zu den Absätzen 6 und 7, und Absatz 7 lautet wie folgt:

„(7) Die in den Absätzen 1, 2 und 4 genannte Zentralstelle ist

– für die Bundesrepublik Deutschland: das Bundeskriminalamt oder – bei strafbaren Handlungen im grenzüberschreitenden Warenverkehr – das Zollkriminalamt;

– für die Tschechische Republik: das Polizeipräsidium der Tschechischen Republik oder – bei strafbaren Handlungen im grenzüberschreitenden Warenverkehr – die Generalzolldirektion.“

4. Artikel 20 Absatz 4 Satz 1 lautet wie folgt:

„Die Bestimmungen des Artikels 19 Absatz 1 Sätze 4 und 5 und Absätze 6 und 7 dieses Vertrages finden entsprechende Anwendung.“

5. In Artikel 21 Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „agent“ die Wörter „oder einer Person, die eine Scheinübertragung durchführt,“ eingefügt.

6. Die Artikel 22 und 23 werden aufgehoben.

7. Artikel 31 Absatz 2 lautet wie folgt:

„(2) Die Vertragsstaaten können Änderungen des Geschäftsweges nach Artikel 19 Absatz 1 Sätze 4 und 5 sowie nach Artikel 20 Absatz 4 dieses Vertrages sowie der Einsatzgebiete nach Artikel 21 Absatz 5 dieses Vertrages durch Verbalnotenwechsel vereinbaren.

b) za odstavec 3 se vkládají následující nové odstavce 4 a 5:

„(4) Pokud přeshraniční sledování probíhá výhradně za využití technických prostředků bez potřeby pomoci druhého smluvního státu, může být sledování prováděno i bez předchozího souhlasu. Sledování podle věty první musí být bezodkladně oznámeno druhému smluvnímu státu, jakmile bude zjištěno, že sledovaná osoba nebo věc překročila hranice; ve Spolkové republice Německo je nutno informovat ústřední místa označená v odstavci 7 nebo místa označená v odstavci 2 bodu 1, v České republice ústřední místo označené v odstavci 7. Toto oznámení musí obsahovat informace, pro který trestný čin bylo sledování povoleno a jakým justičním orgánem. Sledování je nutno ukončit, jakmile to požaduje smluvní stát, na jehož výsostném území sledování probíhá. Příslušné policejní nebo celní orgány smluvních států se dohodnou na tom, zda a popřípadě jaká technická opatření, zejména demontování a navrácení použitých technických prostředků, je nutno po ukončení sledování přijmout. Využití výsledků sledování podle věty první vyžaduje předchozí souhlas příslušného orgánu podle odstavce 1 smluvního státu, na jehož výsostném území sledování probíhalo. Pokud není souhlas udělen, nesmí být výsledky získané sledováním použity, ledaže je třeba přijmout naléhavá opatření, aby se zabránilo bezprostřednímu a vážnému ohrožení veřejné bezpečnosti. Druhý smluvní stát bude o každém takovém použití vyrozuměn spolu s uvedením důvodů.

(5) Odhalení totožnosti úředníků provádějících sledování je možné pouze po předchozím souhlasu smluvního státu, jehož úředníci mají být ztotožněni. Odstavec 3 bod 5 není dotčen.“;

c) dosavadní odstavce 4 a 5 se stávají odstavci 6 a 7 a odstavec 7 zní takto:

„(7) Ústředním místem uvedeným v odstavcích 1, 2 a 4 je:

– za Spolkovou republiku Německo: Spolkový kriminální úřad (Bundeskriminalamt) nebo – v případě trestných činů v oblasti přeshraničního pohybu zboží – Celní kriminální úřad (Zollkriminalamt);

– za Českou republiku: Policejní prezidium České republiky, nebo – v případě trestných činů v oblasti přeshraničního pohybu zboží – Generální ředitelství cel.“.

4. Článek 20 odst. 4 první věta zní takto:

„Ustanovení článku 19 odst. 1 vět čtvrté a páté a odstavců 6 a 7 této smlouvy budou použita obdobně.“.

5. V článku 21 odst. 1 první větě se ze za slovo „agenta“ vkládají slova „nebo osoby provádějící předstíraný převod“.

6. Články 22 a 23 se ruší.

7. Článek 31 odst. 2 zní takto:

„(2) Smluvní státy mohou výměnou verbálních nót dohodnout změny způsobu styku podle článku 19 odst. 1 vět čtvrté a páté a podle článku 20 odst. 4 této smlouvy a území nasazení podle článku 21 odst. 5 této smlouvy.“.

8. In Artikel 32 Satz 1 werden die Wörter „Bundesministerium der Justiz“ durch die Wörter „Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz“ ersetzt.

8. V článku 32 první větě se slova „Spolkové ministerstvo spravedlnosti“ nahrazují slovy „Spolkové ministerstvo spravedlnosti a ochrany spotřebitele“.

Teil III

Schlussbestimmungen

Artikel 32

Beilegung von Streitigkeiten

(1) Streitigkeiten betreffend die Auslegung oder Durchführung von Teil I und III dieses Vertrages werden durch Verhandlungen zwischen dem Bundesministerium des Innern der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium des Innern der Tschechischen Republik beigelegt.

(2) Gelingt es nicht, Streitigkeiten auf die in Absatz 1 beschriebene Weise beizulegen, werden sie auf diplomatischem Wege beigelegt.

Artikel 33

Evaluierung der Durchführung des Vertrages

Die Vertreter der Behörden der Vertragsstaaten treffen im Bedarfsfall zum Zweck der Evaluierung der Durchführung dieses Vertrages zusammen.

Artikel 34

Durchführungsvereinbarungen

(1) Die Regierungen der Vertragsstaaten sowie ferner auf deutscher Seite das Bundesministerium des Innern und das Bundesministerium der Finanzen, das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr und das Sächsische Staatsministerium des Innern sowie auf tschechischer Seite das Ministerium des Innern und das Ministerium der Finanzen können auf der Grundlage und im Rahmen von Teil I und III dieses Vertrages Vereinbarungen über seine Durchführung treffen.

(2) Die Vereinbarung vom 13. Februar 2012 zwischen dem Bundesministerium des Innern der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium des Innern der Tschechischen Republik über die Einrichtung eines Gemeinsamen Zentrums der deutsch-tschechischen Polizei- und Zollzusammenarbeit Petrovice–Schwandorf gilt als Durchführungsvereinbarung im Sinne dieses Artikels.

Artikel 35

Verhältnis zu anderen völkerrechtlichen Übereinkünften und zum Recht der Europäischen Union

Rechte und Pflichten der Vertragsstaaten, die sich aus anderen völkerrechtlichen Übereinkünften, an die die Vertragsstaaten gebunden sind, einschließlich der die Zusammenarbeit der Zollbehörden regelnden Übereinkünfte, und aus der Mitgliedschaft in der Europäischen Union ergeben, bleiben von diesem Vertrag unberührt.

Artikel 36

Außerkrafttreten von völkerrechtlichen Übereinkünften

Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrages treten im Verhältnis zwischen den Vertragsstaaten das Abkommen vom 13. September 1991 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der Vertrag vom 19. September 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Zusammenarbeit der Polizeibehörden und der Grenzschutzbehörden in den Grenzgebieten, der Vertrag vom 19. Mai 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über Erleichterungen der Grenz-

Část III

Závěrečná ustanovení

Článek 32

Řešení sporů

(1) Spory týkající se výkladu nebo provádění částí I a III této smlouvy budou řešeny jednáními mezi Spolkovým ministerstvem vnitra Spolkové republiky Německo a Ministerstvem vnitra České republiky.

(2) Nepodaří-li se spory vyřešit způsobem popsaným v odstavci 1, budou řešeny diplomatickou cestou.

Článek 33

Hodnocení provádění smlouvy

Zástupci orgánů smluvních států se budou v případě potřeby scházet za účelem vyhodnocování provádění této smlouvy.

Článek 34

Prováděcí ujednání

(1) Vlády smluvních států, a dále na německé straně Spolkové ministerstvo vnitra, Spolkové ministerstvo financí, Bavorské státní ministerstvo vnitra, výstavby a dopravy a Saské státní ministerstvo vnitra a na české straně Ministerstvo vnitra a Ministerstvo financí mohou na základě a v rámci částí I a III této smlouvy uzavírat ujednání k jejímu provádění.

(2) Ujednání mezi Spolkovým ministerstvem vnitra Spolkové republiky Německo a Ministerstvem vnitra České republiky o zřízení Společného centra německo-české policejní a celní spolupráce Schwandorf – Petrovice z 13. února 2012 je prováděcím ujednáním ve smyslu tohoto článku.

Článek 35

Vztah k jiným mezinárodním smlouvám a právu Evropské unie

Práva a povinnosti smluvních států vyplývající z jiných mezinárodních smluv, jimiž jsou smluvní státy vázány, včetně smluv upravujících spolupráci celních orgánů, a z členství v Evropské unii nejsou touto smlouvou dotčeny.

Článek 36

Ukončení platnosti mezinárodních smluv

Vstupem této smlouvy v platnost pozbývají ve vztazích mezi smluvními státy platnosti Dohoda mezi vládou Spolkové republiky Německo a vládou České a Slovenské Federativní Republiky o spolupráci v boji proti organizované kriminalitě ze dne 13. září 1991, Smlouva mezi Spolkovou republikou Německo a Českou republikou o spolupráci policejních orgánů a orgánů působících při ochraně státních hranic v příhraničních oblastech ze dne 19. září 2000, Smlouva mezi Spolkovou republikou Německo a Českou republikou o ulehčení pohraničního odbavování v železniční, silniční a vodní dopravě ze dne 19. května 1995 a článek 4 odst. 3 až 7 a články 14 a 16 Smlouvy

abfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr und Artikel 4 Absätze 3 bis 7 und die Artikel 14 und 16 des Vertrages vom 19. Juni 1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über den Eisenbahnverkehr über die gemeinsame Staatsgrenze und über den erleichterten Eisenbahndurchgangsverkehr außer Kraft.

Artikel 37

Inkrafttreten und Kündigung

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden in Berlin ausgetauscht. Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des zweiten Monats, der auf den Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden folgt, in Kraft.

(2) Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann ihn jederzeit schriftlich auf diplomatischem Wege kündigen. Die Kündigung wird sechs Monate nach dem Tag wirksam, an dem die Kündigung dem anderen Vertragsstaat zugegangen ist.

(3) Die Registrierung des Vertrages beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird von der Bundesrepublik Deutschland veranlasst. Die Tschechische Republik wird unter Angabe der Registrierungsnummer der Vereinten Nationen von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

Geschehen zu Prag am 28. April 2015 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

mezi Spolkovou republikou Německo a Českou republikou o železniční dopravě přes společné státní hranice a ulehčené průvozní železniční dopravě ze dne 19. června 1997.

Článek 37

Vstup v platnost a výpověď

(1) Tato smlouva podléhá ratifikaci. Ratifikační listiny budou vyměněny v Berlíně. Tato smlouva vstoupí v platnost první den druhého měsíce následujícího po dni výměny ratifikačních listin.

(2) Tato smlouva se uzavírá na dobu neurčitou. Každý smluvní stát ji může kdykoli písemně vypovědět diplomatickou cestou. Výpověď nabývá účinnosti šest měsíců po dni, v němž byla výpověď doručena druhému smluvnímu státu.

(3) Registraci smlouvy u sekretariátu Organizace spojených národů podle článku 102 Charty Organizace spojených národů zajistí Spolková republika Německo. Česká republika bude o provedené registraci informována s uvedením registračního čísla Organizace spojených národů, jakmile bude tato registrace potvrzena sekretariátem Organizace spojených národů.

Dáno v Praze dne 28. dubna 2015 ve dvou původních vyhotoveních, každé v německém a českém jazyce, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Spolkovou republiku Německo

Dr. Arndt Freiherr Freytag von Loringhoven
Dr. Thomas de Maizière

Für die Tschechische Republik
Za Českou republiku

Milan Chovanec

Denkschrift

I. Allgemeines

Die Bundesrepublik Deutschland hat mit ihren Nachbarstaaten bilaterale Abkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten und zur Gefahrenabwehr geschlossen, die fortlaufend weiterentwickelt werden. Zweck dieser Fortentwicklung ist die ständige Verbesserung der Zusammenarbeit in diesen Bereichen und eine stetige Anpassung an aktuelle Sicherheitserfordernisse und Rechtsentwicklungen.

Der Vertrag vom 19. September 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Zusammenarbeit der Polizeibehörden und der Grenzschutzbehörden in den Grenzgebieten (BGBl. 2002 II S. 790, 791) stammt noch aus der Zeit vor dem EU-Beitritt der Tschechischen Republik (1. Mai 2004) und der vollständigen Anwendung des Schengen-Besitzstandes durch die Tschechische Republik (21. Dezember 2007).

Der Vertrag vom 19. September 2000 muss daher an den europäischen Rechtsrahmen angepasst werden. Zudem war es Ziel, auch darüber hinausgehende Möglichkeiten der Zusammenarbeit einvernehmlich zu regeln. Dementsprechend soll der Vertrag vom 19. September 2000 durch den vorliegenden Vertrag vom 28. April 2015 ersetzt werden.

Der neue Vertrag verbessert und erweitert die rechtlichen Grundlagen für eine engere grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Polizei- und Zollbehörden beider Länder. Insbesondere werden die Möglichkeiten zum Handeln im Hoheitsgebiet der jeweils anderen Partei erweitert und damit an die praktischen Erfordernisse der Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung angepasst. So werden in Zukunft gemeinsame Streifen mit Ausübung hoheitlicher Befugnisse im Nachbarstaat in Anwesenheit und unter Leitung eines Beamten des Gebietsstaates nach dessen Recht (Artikel 10) möglich sein. Zudem werden erweiterte Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu präventiven Zwecken geschaffen, indem Grenzübertritte auch zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben (Artikel 13) ermöglicht werden. Die Regelungen der Nacheile werden über das Schengener Durchführungsübereinkommen hinaus erweitert (Artikel 14). Die gemeinsame Aus- und Fortbildung wird insbesondere durch eine engere Zusammenarbeit der Aus- und Fortbildungseinrichtungen gestärkt (Artikel 9). Der Zoll wird gleichberechtigt in den Anwendungsbereich des Vertrages einbezogen (Artikel 2).

Durch den Vertrag wird zudem der Vertrag vom 2. Februar 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 und die Erleichterung seiner Anwendung (im Folgenden: RHErgV, BGBl. 2001 II S. 733, 735) geändert (Artikel 31).

Ferner treten mit Inkrafttreten des Vertrages im Verhältnis zwischen den Vertragsstaaten das Abkommen vom 13. September 1991 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität (BGBl. 1993 II S. 37, 38), der Vertrag vom 19. Mai 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr (BGBl. 1996 II S. 18, 19) und Artikel 4 Absatz 3 bis 7 und die Artikel 14 und 16 des Vertrages vom 19. Juni 1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über den Eisenbahnverkehr über die gemeinsame Staatsgrenze und über den erleichterten Eisenbahndurchgangsverkehr (BGBl. 2000 II S. 1289, 1291) außer Kraft.

II. Besonderes

Der Vertrag besteht aus 37 Artikeln und ist in drei Teile unterteilt. Teil I regelt die polizeiliche Zusammenarbeit, Teil II die Änderungen des RHErgV und Teil III die Schlussbestimmungen.

Zu den Bestimmungen des Vertrages im Einzelnen:

Zu Artikel 1 – Vertragsgegenstand

Absatz 1 bestimmt als Vertragsgegenstand die Zusammenarbeit bei der Verhütung und Aufklärung von Straftaten, der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung (Satz 1) sowie der Verhütung und Aufklärung von Taten, die in einem Vertragsstaat als Straftat und in dem anderen Vertragsstaat als Ordnungswidrigkeit zu qualifizieren sind (Satz 2). Darüber hinaus erfolgt die Zusammenarbeit bei der Aufklärung von Ordnungswidrigkeiten im Zuständigkeitsbereich der Polizei- und Zollbehörden, soweit diese Zusammenarbeit nicht bereits nach dem Recht der Europäischen Union oder anderen völkerrechtlichen Übereinkünften erfolgt (Satz 3). Satz 4 regelt, dass die polizeiliche Zusammenarbeit nach Teil I nicht die Leistung der Rechtshilfe in Strafsachen umfasst, die in den Zuständigkeitsbereich der Justizbehörden fällt.

Absatz 2 bestimmt als weiteren Vertragsgegenstand die Änderung des RHErgV.

Absatz 3 regelt, dass die Zusammenarbeit im Rahmen des geltenden innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten erfolgt, soweit der Vertrag nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt. Die Anwendung des Vertrages hat in Übereinstimmung mit dem Recht der Europäischen Union zu erfolgen.

Absatz 4 stellt klar, dass die Bestimmungen über die Zusammenarbeit der nationalen Zentralstellen insbesondere im Rahmen von Europol und Interpol unberührt bleiben.

Teil I

Polizeiliche Zusammenarbeit

Kapitel I

Allgemeine Bestimmungen

Zu Artikel 2 – Behörden

Absatz 1 benennt die Behörden, die zur Zusammenarbeit nach Teil I berufen sind. Dies sind für die Bundesrepublik Deutschland alle Polizeibehörden des Bundes und der Länder sowie die Behörden der Zollverwaltung. Ferner ist das Bundesministerium des Innern als zustän-

diges Ministerium für die Durchführung des Vertrages benannt. Der räumliche Geltungsbereich des Vertrages folgt somit aus der Definition der zuständigen Behörden. Der Vertrag ist im gesamten Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten anwendbar.

Absatz 2 definiert den Begriff des Polizeibeamten im Sinne des Vertrages. Dieser umfasst für die Bundesrepublik Deutschland neben den Vollzugsbeamten der Polizeien des Bundes und der Länder auch die Bediensteten der Zollverwaltung. Alle Bestimmungen des Vertrages gelten daher gleichermaßen für Polizei und Zoll. Die Definition wird für die Artikel 16 und 17 bereichsspezifisch erweitert.

Absatz 3 benennt die Zentralstellen. Für die Bundesrepublik Deutschland sind dies das Bundeskriminalamt und das Zollkriminalamt; dies entspricht den gesetzlichen Aufgabenzuweisungen in den §§ 2, 3 des Bundeskriminalamtgesetzes (BKAG) und § 2 des Zollfahndungsdienstgesetzes (ZFdG).

Absatz 4 definiert die Behörden, die zur unmittelbaren Zusammenarbeit im Grenzgebiet berechtigt sind. Dies sind die Polizeien der Freistaaten Bayern und Sachsen sowie die auf dem Gebiet dieser Länder tätigen Dienststellen von Bundespolizei und Zoll. Das Bundespolizeipräsidium ist hier ebenfalls genannt, da die im Gemeinsamen Zentrum tätigen Bundespolizisten dem Bundespolizeipräsidium angehören.

Absatz 5 regelt, dass sich die Vertragsstaaten auf diplomatischem Wege über Änderungen der Zuständigkeitsverteilung oder der Bezeichnungen ihrer Behörden unterrichten. Einer vertraglichen Regelung bedarf es daher für diese Fälle nicht.

Zu Artikel 3 – Grenzgebiete

Absatz 1 definiert den Begriff des Grenzgebiets als das Gebiet, das dem Zuständigkeitsbereich der in Artikel 2 Absatz 4 genannten Behörden entspricht. Ausgenommen ist das Bundespolizeipräsidium. Damit entspricht das Grenzgebiet in räumlicher Hinsicht dem Gebiet der Freistaaten Bayern und Sachsen.

Nach Absatz 2 gelten die Streckenabschnitte von Zügen und Schiffen zwischen der Grenze und dem ersten planmäßigen Halt ebenfalls als Grenzgebiet, um auch dort erforderliche Maßnahmen ergreifen zu können.

Zu Artikel 4 – Verbindungsbeamte

Der in Absatz 1 vorgesehene Austausch von Verbindungsbeamten entspricht der seit vielen Jahren geübten Praxis beider Vertragsstaaten.

Absatz 2 stellt klar, dass Verbindungsbeamte ohne Wahrnehmung von Hoheitsbefugnissen tätig werden.

Absatz 3 eröffnet die Möglichkeit, dass ein in einen Drittstaat entsandter Verbindungsbeamter des einen Vertragsstaates auch die Interessen des anderen Vertragsstaates wahrnimmt, sofern der Drittstaat dem zustimmt. Dies entspricht Artikel 5 Absatz 3 des Beschlusses 2003/170/JI des Rates vom 27. Februar 2003 über die gemeinsame Inanspruchnahme von Verbindungsbeamten, die von den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten entsandt sind (ABl. L 67 vom 12.3.2003, S. 27).

Zu Artikel 5 – Gemeinsames Zentrum

Absatz 1 sieht die Zusammenarbeit der Vertragsstaaten in einem Gemeinsamen Zentrum vor. Die ins Gemeinsame Zentrum entsandten Bediensteten werden dort im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeit tätig. Das Gemeinsame Zentrum selbst ist keine Behörde.

Absatz 2 Satz 1 bestimmt als Zweck der Zusammenarbeit im Gemeinsamen Zentrum den Informationsaustausch sowie die Unterstützung bei der Koordinierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Letzteres kann technische, logistische sowie sprachliche Unterstützung umfassen. Insbesondere sind die Bereitstellung von Sprachmittlern, die Erstellung von Arbeitsübersetzungen sowie die Unterstützung bei Nacheilen zu nennen. Satz 2 stellt klar, dass der Informationsaustausch über die Zentralstellen unberührt bleibt. § 3 BKAG ist zu beachten.

Absatz 3 sieht als weitere Aufgabe des Gemeinsamen Zentrums die Unterstützung bei der Übergabe von Personen vor. Die Zusammenarbeit bei der Übergabe von Personen wird in Artikel 16 näher ausgeformt.

Nach Absatz 4 führen die im Gemeinsamen Zentrum tätigen Beamten nicht selbständig operative Einsätze durch, sondern üben lediglich eine unterstützende Funktion im Hinblick auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den innerstaatlich zuständigen Behörden aus. Weiter stellt Absatz 4 klar, dass entsandte Bedienstete der Weisungs- und Disziplinargewalt der jeweiligen Entsendebehörde unterstehen.

Die in Absatz 5 vorgesehene Durchführungsvereinbarung über die Einzelheiten der Zusammenarbeit im Gemeinsamen Zentrum wurde bereits geschlossen (Vereinbarung vom 13. Februar 2012 zwischen dem Bundesministerium des Innern der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium des Innern der Tschechischen Republik über die Einrichtung eines Gemeinsamen Zentrums der deutsch-tschechischen Polizei- und Zollzusammenarbeit Petrovice–Schwandorf (BGBl. 2012 II S. 219, 220); sie gilt nach Artikel 34 Absatz 2 fort.

Kapitel II

Formen der Zusammenarbeit

Zu Artikel 6 – Zusammenarbeit auf Ersuchen

Dieser Artikel regelt die Zusammenarbeit auf Ersuchen als Grundform der Zusammenarbeit; er ist im Rahmen aller Formen der Zusammenarbeit nach Kapitel II zu beachten, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

Absatz 1 sieht vor, dass die Zusammenarbeit auf Ersuchen erfolgt.

Absatz 2 Satz 1 bestimmt, dass Ersuchen in Bezug auf Verhütung und Aufklärung von Straftaten grundsätzlich über die nationalen Zentralstellen übermittelt werden. Ein Ersuchen kann in den in Satz 2 Buchstabe a bis c genannten Fällen auch unmittelbar durch die nach Artikel 2 Absatz 4 im Grenzgebiet zuständigen Behörden übermittelt und erledigt werden. Diese Abgrenzung orientiert sich an § 3 Absatz 3 BKAG. Die in Satz 3 genannte Pflicht zur Benachrichtigung der Zentralstelle ergibt sich für die Bundesrepublik Deutschland aus § 3 Absatz 3 Satz 2 BKAG.

Nach Absatz 3 sollen die Bedingungen für die Übermittlung und Erledigung von Ersuchen in Bezug auf Taten, die in beiden Vertragsstaaten als Ordnungswidrigkeiten

einzuordnen sind, in einer Durchführungsvereinbarung geregelt werden. Ziel der Bestimmung ist es, Beschränkungen über die Zusammenarbeit im Bereich der Ordnungswidrigkeiten vereinbaren zu können, um eine unverhältnismäßige Belastung der Behörden mit Anfragen aus diesem Bereich zu vermeiden.

Absatz 4 betrifft den Informationsaustausch in Bezug auf die Gefahrenabwehr, sofern dem Ersuchen keine Maßnahme zur Verhütung oder Aufklärung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten zugrunde liegt. In diesen Fällen soll der Informationsaustausch unmittelbar zwischen den zuständigen Behörden erfolgen, denn das Zentralstellenprinzip nach den §§ 2, 3 BKAG ist insoweit nicht anwendbar.

Ersuchen sollen nach Absatz 5 grundsätzlich schriftlich gestellt werden. Aus Gründen der Dringlichkeit kann auf die Schriftform verzichtet werden. In diesen Fällen ist das Ersuchen schriftlich zu bestätigen.

Ersuchen können nach Absatz 6 in der Sprache des ersuchenden oder des ersuchten Vertragsstaates oder in englischer Sprache gestellt werden. Bei Verwendung der Sprache des ersuchenden Vertragsstaates soll eine Übersetzung beigefügt werden. An die Übersetzungen sind keine erhöhten Anforderungen zu stellen, ausreichend ist eine Arbeitsübersetzung. In englischer Sprache verfassten Ersuchen muss keine Übersetzung beigefügt werden.

Absatz 7 sieht die unverzügliche Erledigung von Ersuchen oder, sofern die ersuchte Behörde unzuständig ist, die Weiterleitung an die zuständige Behörde vor.

Absatz 8 benennt typische Gegenstände, auf die sich ein Ersuchen beziehen kann. Die Aufzählung ist nicht abschließend.

Zu Artikel 7 – Informationsaustausch ohne Ersuchen

Dieser Artikel stellt klar, dass Informationen auch ohne vorhergehendes Ersuchen ausgetauscht werden können.

Zu Artikel 8 – Allgemeine Formen der Zusammenarbeit

Absatz 1 enthält eine nicht abschließende Aufzählung typischer Formen der Zusammenarbeit.

Absatz 2 Satz 1 stellt klar, dass sich die Vertragsstaaten auch Ausstattung und polizeitechnische Mittel zur Verfügung stellen können; Letzteres umfasst u. a. Diensthunde. Nach Satz 2 kann die Hilfe leistende Behörde hierzu mit der ersuchenden Behörde vorab schriftliche Vereinbarungen über die Bedingungen der Bereitstellung, die Kostenerstattung und von Artikel 25 Absatz 1 abweichende Haftungsbestimmungen vereinbaren. Dies soll ermöglichen, Art und Weise der Verwendung des entliehenen Gegenstandes zu bestimmen, ein Nutzungsentgelt festzulegen und/oder das Haftungsrisiko des ersuchenden Vertragsstaates aufzuerlegen.

Absatz 3 regelt die Zusammenarbeit im Bereich der Tarnmittel. Die Zusammenarbeit erfolgt nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts. Die Zurverfügungstellung von Tarnmitteln kann von Bedingungen abhängig gemacht werden.

Zu Artikel 9 – Aus- und Fortbildung

Zur Förderung der gemeinsamen Zusammenarbeit sieht dieser Artikel auch die Intensivierung der gemeinsamen Aus- und Fortbildung vor. Gefördert werden soll insbesondere auch die Aus- und Fortbildung der mit der praktischen Anwendung des Vertrages betrauten Polizeibeamten.

Zu Artikel 10 – Gemeinsame Einsatzformen

Dieser Artikel regelt die rechtlichen Befugnisse im Rahmen gemeinsamer Einsatzformen. Zu den gemeinsamen Einsatzformen zählen nach Absatz 1 insbesondere gemeinsame Streifen, gemeinsame Kontrollgruppen und gemeinsame Fahndungsgruppen. Bei den gemeinsamen Einsatzformen handelt es sich jedoch nicht um Gemeinsame Ermittlungsgruppen (Joint Investigation Teams) nach Artikel 13 des Übereinkommens vom 29. Mai 2000 über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU-RhÜbk) (BGBl. 2005 II S. 650, 651). Bei gemeinsamen Einsatzformen können die Beamten hoheitliche Befugnisse wahrnehmen. Einer Verleihung dieser Befugnisse durch einen gesonderten Akt bedarf es nicht. Die Wahrnehmung von Hoheitsbefugnissen erfolgt nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts sowie unter Leitung und in der Regel in Anwesenheit eines Polizeibeamten des Einsatzstaates. Das Handeln der Beamten ist dem Einsatzstaat zuzurechnen. Die Regelung orientiert sich an Artikel 17 des Beschlusses 2008/615/JI des Rates vom 23. Juni 2008 zur Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus und der grenzüberschreitenden Kriminalität (ABl. L 210 vom 6.8.2008, S. 1).

Absatz 2 stellt klar, dass die Einzelheiten der Zusammenarbeit zwischen den kooperierenden Behörden schriftlich fixiert werden sollen. Infrage kommen sowohl Rahmenvereinbarungen wie auch Einzelabsprachen.

Zu Artikel 11 – Grenzüberschreitende Fahndungsaktionen, gemeinsame Einsatzleitungen und Teilnahme an Einsätzen

Dieser Artikel regelt die Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden, d. h. zeitgleich beiderseits der Staatsgrenze stattfindenden Fahndungsaktionen. Der Artikel sieht unter anderem die Bildung gemeinsamer Einsatzleitungen sowie die Entsendung von Polizeibeamten in die zuständigen Stellen des anderen Vertragsstaates vor, um dort ohne Wahrnehmung von Hoheitsbefugnissen beratend tätig zu werden.

Zu Artikel 12 – Einsatz von Polizeibeamten zur Unterstützung auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates

Absatz 1 schafft die Möglichkeit, Polizeibeamte den Behörden des anderen Vertragsstaates zu unterstellen. Erforderlich ist hierfür das Einvernehmen der zuständigen Behörden; einer schriftlichen Vereinbarung bedarf es nicht. Die unterstellten Polizeibeamten dürfen nach Absatz 2 unter denselben Bedingungen wie nach Artikel 10 Hoheitsbefugnisse ausüben. Absatz 3 nennt über Absatz 1 hinaus weitere Fälle, in denen eine Unterstellung infrage kommt.

Zu Artikel 13 – Grenzüberschreitende Gefahrenabwehr

Dieser Artikel schafft die Möglichkeit, auch ohne vorherige Zustimmung des anderen Vertragsstaates vorläufige Maßnahmen zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib und Leben von Personen zu treffen. Die Bestimmung ist auf einen Raum von zehn Kilometern von der gemeinsamen Staatsgrenze beschränkt. Die Regelung orientiert sich an Artikel 25 des Vertrages vom 27. Mai 2005 zwischen dem Königreich Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, dem Königreich Spanien, der Französischen Republik, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Königreich der Niederlande und der Republik Österreich über die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration (Prümer Vertrag, BGBl. 2006 II S. 626, 628).

Zu Artikel 14 – Grenzüberschreitende Nacheile

Ausgangspunkt der Regelung ist Artikel 41 des durch den Vertrag von Amsterdam in den Rechtsrahmen der Europäischen Union überführten Schengener Durchführungsübereinkommens vom 19. Juni 1990 (SDÜ, BGBl. 1993 II S. 1010, 1013), dessen Bestimmungen durch Artikel 14 ergänzt und erweitert werden.

Die Regelung des Absatzes 1 Satz 1 Buchstabe a erweitert Artikel 41 Absatz 4 Buchstabe b SDÜ. Das Tatbestandmerkmal einer Tat, die nach dem Recht des ersuchenden Vertragsstaates mit einer Freiheitsstrafe oder sonstigen Sanktion im Höchstmaß von mindestens zwölf Monaten bedroht ist, orientiert sich an § 81 Nummer 1 IRG. Abweichend von Artikel 41 Absatz 4 Buchstabe b SDÜ ist nicht erforderlich, dass die verfolgte Person auf frischer Tat betroffen wird. Vielmehr genügt die Verfolgung einer der Begehung oder Teilnahme an einer entsprechenden Straftat verdächtigen Person. So kann z. B. auch eine Person verfolgt werden, die sich einer Festnahme aufgrund eines Haftbefehls entzieht.

Hinzu treten die Möglichkeiten der Nacheile bei entflohenen Personen (Buchstabe b), sowie bei Personen, die sich einer Polizei- oder Zollkontrolle (Buchstabe c) oder einer Grenzkontrolle im Falle der zeitweiligen Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen (Buchstabe d) entziehen. Anknüpfungspunkt der Nacheile bei den Buchstaben c und d ist allein der Kontrollentzug; ein darüber hinausgehender Verdacht einer Straftat ist nicht erforderlich. Satz 2 regelt, dass neben den unmittelbar nacheilenden Kräften auch weitere Polizeibeamte zur Nacheile berechtigt sind, die vor Grenzübertritt der verfolgten Person in die Nacheile einbezogen waren.

Absatz 2 enthält nähere Bestimmungen über die Zusammenarbeit zwischen den Behörden im Falle einer Nacheile, insbesondere zur Benachrichtigung der zuständigen Behörden.

Absatz 3 regelt das Festhalterecht der nacheilenden Beamten. Dies entspricht Artikel 41 Absatz 2 Buchstabe b SDÜ. Der Inhalt des Festhalterechts wird durch Absatz 5 Buchstabe d näher ausgeformt.

Nach Absatz 4 findet die Nacheile entsprechend Artikel 41 Absatz 3 Buchstabe b ohne zeitliche und räumliche Begrenzung und über Artikel 41 Absatz 5 Buchstabe b SDÜ hinaus auch auf dem Luft- und Wasserweg statt. Dies ermöglicht insbesondere die Einbindung von Hubschraubern in die Nacheile.

Absatz 5 regelt die allgemeinen Bedingungen der Nacheile. Buchstabe a entspricht der Regelung des Artikels 41 Absatz 5 Buchstabe a SDÜ und bindet die Polizeibeamten bei der Ausübung der Nacheile an die Bestimmungen des Vertrages sowie das innerstaatliche Recht des anderen Vertragsstaates. Buchstabe b beruht auf Artikel 41 Absatz 5 Buchstabe c SDÜ, regelt darüber hinaus aber das Betreten von Betriebs- und Geschäftsräumen. Buchstabe c entspricht Artikel 41 Absatz 5 Buchstabe d SDÜ. Erfolgt die Nacheile nicht durch ein äußerlich als Polizei- oder Zollfahrzeug gekennzeichnetes Fahrzeug, ist bei der Aufforderung zum Anhalten ein Licht- und Tonwarnsignal und, sofern vorhanden, zusätzlich ein Anhaltesignalgeber oder ein Anhaltestab zu verwenden. Hierdurch soll die Aufforderung zum Anhalten für die verfolgte Person eindeutig als hoheitliches Handeln erkennbar werden. Buchstabe d ergänzt Artikel 41 Absatz 5 Buchstabe f SDÜ dahin gehend, dass der festgehaltenen Person Fesseln angelegt werden dürfen. Dies umfasst auch Fußfesseln. Im Hinblick auf die Reichweite der hier verliehenen Hoheitsrechte ist Buchstabe a zu beachten, d. h. die innerstaatlichen Rechtsnormen, die für die Polizeibeamten des Vertragsstaates gelten, auf dessen Hoheitsgebiet die Nacheile erfolgt, sind auch von den nacheilenden Polizeibeamten zu beachten. Buchstabe e entspricht Artikel 41 Absatz 5 Buchstabe g SDÜ, nimmt aber von der Pflicht der nacheilenden Beamten, vor Ort zu verbleiben, die auf dem Luftweg nacheilenden Beamten aus. Buchstabe f entspricht Artikel 41 Absatz 5 Buchstabe h SDÜ.

Absatz 6 orientiert sich an Artikel 41 Absatz 6 SDÜ, verlängert aber die Festhaltefrist von bisher sechs auf zwölf Stunden. Ergänzend wird geregelt, dass bei der Fristberechnung die Stunden zwischen 21 Uhr und 9 Uhr (in Artikel 41 SDÜ: „die Stunden zwischen Mitternacht und neun Uhr“) nicht mitzählen.

Zu Artikel 15 – Maßnahmen im grenzüberschreitenden Eisenbahn- und Schiffsverkehr

Absatz 1 Satz 1 erleichtert die Vornahme von Maßnahmen auf dem eigenen Hoheitsgebiet. Zu deren Vornahme dürfen Polizeibeamte im grenzüberschreitenden Eisenbahn- und Schiffsverkehr bereits auf dem Gebiet des anderen Vertragsstaates einsteigen oder aussteigen. Satz 2 betrifft Maßnahmen auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates. Diese dürfen nur zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vorgenommen werden. Die Maßnahme muss in Übereinstimmung mit dem Recht des Vertragsstaates erfolgen, auf dessen Hoheitsgebiet sie durchgeführt wird.

Absatz 2 regelt den Fall, dass eine auf dem eigenen Hoheitsgebiet begonnene Maßnahme nicht abgeschlossen werden konnte. Diese darf in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht der handelnden Beamten fortgesetzt werden, wenn der Zweck der Maßnahme sonst wesentlich gefährdet würde.

Absatz 3 regelt die weiteren Rechte der Polizeibeamten bei den nach den Absätzen 1 und 2 auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates vorgenommenen Maßnahmen.

Im grenzüberschreitenden Schiffsverkehr gelten nach Absatz 4 diese Bestimmungen entsprechend.

Zu Artikel 16 – Übergabe von Personen

Die Vorschrift regelt die Modalitäten der Übergabe von im Gewahrsam des einen Vertragsstaates befindlichen Personen an Beamte des anderen Vertragsstaates unabhängig davon, aus welchem Anlass die Übergabe erfolgt. Es kann sich beispielsweise um Überstellungen im Rahmen von Rückführungen oder zum Zweck der Strafverfolgung oder Strafvollstreckung handeln. Nach Absatz 1 kommen als geeignete Orte insbesondere Polizeidienststellen in der Nähe der Staatsgrenze in Betracht. Die Behörden unterrichten sich nach Absatz 3 über geeignete Orte.

Absatz 2 bestimmt die Modalitäten des Transports sowie die Rechtsstellung der begleitenden Beamten.

Absatz 4 erweitert den personalen Anwendungsbereich des Artikels über Artikel 2 Absatz 2 hinaus auch auf Angehörige der Justizvollzugsbehörden der Bundesrepublik Deutschland und Angehörige des Gefängnisdienstes der Tschechischen Republik, da auch diese für die Wahrnehmung der in Artikel 16 beschriebenen Aufgaben innerstaatlich zuständig sind.

Zu Artikel 17 – Durchführung der Durchlieferung

Die Vorschrift regelt die Modalitäten der Durchlieferung einer im Gewahrsam oder Strafvollzug befindlichen Person durch das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates nach Bewilligung der Durchlieferung. Nach Absatz 1 erfolgt die Durchlieferung durch die Beamten des ersuchten Vertragsstaates; Polizeibeamte des ersuchenden Vertragsstaates können die Durchlieferung begleiten.

Absatz 2 regelt die Ausübung von Hoheitsrechten durch die begleitenden Polizeibeamten des ersuchenden Vertragsstaates.

Absatz 3 sieht abweichend von Absatz 1 die Möglichkeit vor, dass die Beamten des ersuchenden Vertragsstaates die Durchlieferung ohne Anwesenheit von Beamten des ersuchten Vertragsstaates durchführen, und erweitert hierzu die ihnen nach Absatz 2 verliehenen Hoheitsrechte.

Absatz 4 bestimmt, wie im Falle des Entweichens der durchzuliefernden Person zu verfahren ist. Insbesondere ist die nächste erreichbare Polizeidienststelle sofort zu verständigen; die Benachrichtigung kann über die allgemeine Notrufnummer 110 erfolgen. Die Bestimmung soll sicherstellen, dass die örtlich zuständigen Behörden sofort die erforderlichen Verfolgungsmaßnahmen einleiten können. Den die entwichene Person verfolgenden Polizeibeamten des ersuchenden Vertragsstaates stehen die Rechte entsprechend den Bestimmungen über die Nacheile nach Artikel 14 zu.

Die Absätze 5 bis 8 regeln weitere Modalitäten bei der Durchführung der Durchlieferung.

Absatz 9 erweitert den personalen Anwendungsbereich des Artikels über Artikel 2 Absatz 2 hinaus auch auf Angehörige der Justizvollzugsbehörden der Bundesrepublik Deutschland, da auch diese für die Wahrnehmung der in Artikel 17 beschriebenen Aufgaben innerstaatlich zuständig sind.

Zu Artikel 18 – Zeugenschutz

Dieser Artikel enthält Regelungen zur Zusammenarbeit im Bereich des Zeugenschutzes, insbesondere auch hinsichtlich der Kostentragung, bei Schutzmaßnahmen für eine Person, die sich im Zeugenschutzprogramm des anderen Vertragsstaates befindet.

Zu Artikel 19 – Begleitung von Gefahrgut-, Großraum- oder Schwertransporten

Bei grenzüberschreitenden Gefahrgut-, Großraum- oder Schwertransporten unterrichten sich die zuständigen Behörden nach Absatz 1, sofern sie einen solchen Transport bis an die gemeinsame Staatsgrenze begleiten. Sofern die Begleitung des Transports durch die Behörden des anderen Vertragsstaates fortgesetzt wird, können die Polizeibeamten nach Absatz 2 zur Vorbereitung des Transports in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates einreisen.

Zu Artikel 20 – Durchfahrt

Dieser Artikel ermöglicht die Durchquerung des Hoheitsgebiets des anderen Vertragsstaates, um einen Einsatzort im eigenen Hoheitsgebiet schnellstmöglich zu erreichen oder von dort zurückzukehren. Von Sonderrechten darf hierbei unter den Voraussetzungen des Artikels 22 Absatz 1 Gebrauch gemacht werden, d. h. es gilt das innerstaatliche Recht des Vertragsstaates, dessen Hoheitsgebiet durchquert wird.

Zu Artikel 21 – Zusammenarbeit bei der vorübergehenden Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen

Dieser Artikel regelt die Zusammenarbeit der Vertragsstaaten für den Fall, dass einer oder beide Vertragsstaaten nach dem Recht der Europäischen Union vorübergehende Grenzkontrollen an den Binnengrenzen wiedereinführen.

Die Absätze 1 und 2 gestatten hierzu, Grenzkontrollstellen auch auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates mit dessen Zustimmung einzurichten, wenn dies aufgrund der örtlichen Verhältnisse erforderlich ist.

Die Einzelheiten sollen nach Absatz 3 in einer Durchführungsvereinbarung nach Artikel 34 Absatz 1 festgelegt werden.

Für die Durchführung von Grenzkontrollen stellen die Absätze 4 bis 7 die Polizeibeamten so, als ob sie die Grenzkontrollen auf eigenem Hoheitsgebiet durchführen würden. Grenzkontrollen auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates werden nach dem Recht desjenigen Vertragsstaates durchgeführt, der die Grenzkontrollen eingeführt hat. Dessen Beamten stehen hierbei sämtliche mit der Grenzkontrolle zusammenhängende Hoheitsrechte zu. Eine Einreiseverweigerung kann bereits an der auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates eingerichteten Grenzkontrollstelle ausgesprochen und durchgesetzt werden. Ebenso kann eine angetroffene Person in das Hoheitsgebiet des Vertragsstaates verbracht werden, der die Grenzkontrolle durchführt, sofern es sich nicht um einen Staatsbürger des anderen Vertragsstaates handelt.

Absatz 8 hat lediglich klarstellende Funktion. Die Beamten des anderen Vertragsstaates dürfen im Grenz-

kontrollraum anwesend sein, denn es handelt sich um das Hoheitsgebiet ihres Vertragsstaates.

Absatz 9 regelt den zeitlichen Ablauf der Kontrolle für den Fall, dass die Vertragsstaaten Grenzkontrollen gemeinsam durchführen. In diesem Fall erfolgt zunächst die Ausreise- und dann die Einreisekontrolle.

Kapitel III

Rechtsverhältnisse

Zu Artikel 22 – Einsatz von Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeugen

Absatz 1 gestattet den Einsatz von Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeugen auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates nach den dort geltenden Bestimmungen. Für die Inanspruchnahme von Sonderrechten gilt in der Bundesrepublik Deutschland § 35 Absatz 1 StVO; § 35 Absatz 8 StVO ist zu beachten.

Dies gilt nach Absatz 2 auch für die Befreiung von Straßen- und Autobahngebühren.

Die Absätze 3 bis 5 enthalten nähere Bestimmungen für den Einsatz von Luftfahrzeugen.

Zu Artikel 23 – Rechtsstellung von Polizeibeamten auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates

Absatz 1 bindet die auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates tätigen Polizeibeamten an das innerstaatliche Recht dieses Staates. Die Ausübung von Hoheitsrechten setzt eine ausdrückliche Ermächtigung im Vertrag voraus.

Absatz 2 erlaubt das Tragen von Uniform und Mitführen von Dienstwaffen, Munition und Zwangsmitteln, die nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaates zugelassen sind, dem die Polizeibeamten angehören; der Einsatz von Zwangsmitteln richtet sich jedoch nach dem Recht des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet der Einsatz erfolgt.

Absatz 3 beschränkt den Einsatz der Dienstwaffe auf Fälle der Notwehr und Nothilfe, sofern nicht im Rahmen gemeinsamer Einsatzformen nach Artikel 10 oder der Unterstellung nach Artikel 12 der einsatzleitende Polizeibeamte ausdrücklich einen darüber hinausgehenden Einsatz im Rahmen des innerstaatlichen Rechts genehmigt.

Absatz 4 stellt die ausländischen Polizeibeamten von Beförderungsentgelten im Eisenbahnverkehr im gleichen Umfang wie inländische Polizeibeamte frei.

Absatz 5 stellt die ausländischen Polizeibeamten hinsichtlich der durch oder gegen sie begangenen Straftaten inländischen Polizeibeamten gleich.

Zu Artikel 24 – Dienstverhältnisse

Nach Absatz 1 unterliegen Polizeibeamte ausschließlich den dienstrechtlichen Bestimmungen ihres Vertragsstaates. Der andere Vertragsstaat hat die in sein Hoheitsgebiet entsandten Polizeibeamten nach Absatz 2 wie eigenes Personal zu schützen.

Zu Artikel 25 – Haftung für Schäden

Die Absätze 1 bis 3 bestimmen, dass die Vertragsstaaten im Verhältnis zueinander auf Entschädigungsansprüche verzichten, sofern der Schaden nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt wurde. Dieser Haftungsverzicht umfasst nicht Ansprüche des geschädigten Polizeibeamten oder seiner Hinterbliebenen.

Für Ansprüche Dritter haftet nach Absatz 4 Satz 1 der Vertragsstaat, auf dessen Hoheitsgebiet der Schaden eingetreten ist. Die Sätze 2 und 3 bestimmen für diesen Fall den Innenausgleich zwischen den Vertragsstaaten.

Absatz 5 betrifft den Fall, dass ein Schaden am Eigentum des einen Vertragsstaates auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates durch Dritte verursacht worden ist.

Zu Artikel 26 – Sprachen

Neben den Amtssprachen der Vertragsstaaten sieht dieser Artikel auch die Verwendung der englischen Sprache bei der Durchführung des Vertrages vor.

Zu Artikel 27 – Kosten

Dieser Artikel sieht vor, dass jede Seite ihre Kosten trägt. Abweichende Bestimmungen können zwischen den Behörden im Voraus schriftlich vereinbart werden. Dies gilt insbesondere für Artikel 8 Absatz 2.

Zu Artikel 28 – Einschränkung der Zusammenarbeit

Absatz 1 Satz 1 gestattet die Einschränkung der Zusammenarbeit, wenn wesentliche Interessen des ersuchten Vertragsstaates gefährdet sind. Bei der Zusammenarbeit im Bereich der Ordnungswidrigkeiten kann ein Ersuchen nach Satz 2 auch verweigert werden, wenn der mit dessen Erledigung zusammenhängende Aufwand in einem offensichtlichen Missverhältnis zur Schwere der Ordnungswidrigkeit steht. Dies soll einer unverhältnismäßigen Belastung der ersuchten Polizeibehörden durch Bagatellfälle vorbeugen. Die Einzelheiten sind nach Artikel 6 Absatz 3 in Verbindung mit Artikel 34 Absatz 1 in einer Durchführungsvereinbarung zu regeln.

Absatz 2 regelt die Weitergabe von Schriftstücken, Informationen und Ausrüstungsgegenständen an Dritte. Dritte im Sinne dieser Bestimmung sind insbesondere andere Staaten, nicht jedoch sonstige innerstaatliche Stellen der Vertragsstaaten (wie z. B. Staatsanwaltschaften und Gerichte).

Zu Artikel 29 – Verschlusssachen

Bei dem in diesem Artikel genannten Abkommen handelt es sich um das Abkommen vom 25. Juli 2001 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechischen Republik über den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen (BGBl. 2002 II S. 1899, 1900).

Zu Artikel 30 – Schutz personenbezogener Daten

Dieser Artikel regelt den Datenschutz. Buchstabe a Satz 1 formuliert den Grundsatz, dass die empfangende Behörde an den Übersendungszweck sowie weitere von der übermittelnden Behörde festgelegte Bedingungen gebunden ist. Satz 2 sieht eine weitergehende Verwendung nur zur Verhütung und Aufklärung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie zur Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung vor, so-

fern die Verwendung im Rahmen dieses Vertrages und unter Beachtung der durch die übermittelnde Behörde festgelegten Bedingungen erfolgt. Eine darüber hinausgehende Verwendung der Daten ist unter den Voraussetzungen der Sätze 3 und 4 möglich. Die Buchstaben b bis h enthalten zusätzliche Bestimmungen im Hinblick auf den Grundsatz der Erforderlichkeit und der Verhältnismäßigkeit, Berichtigung und Löschung, Auskunft, Schadensersatz, Löschungs- und Prüffristen, Protokollierung und IT-Sicherheit.

Teil II

Änderung des Vertrages vom 2. Februar 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 und die Erleichterung seiner Anwendung

Zu Artikel 31

Dieser Artikel bewirkt die Änderung des Vertrages vom 2. Februar 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 und die Erleichterung seiner Anwendung (RHErgV, BGBl. 2001 II S. 733, 735). Zweck der Änderung ist es, Überschneidungen zwischen dem RHErgV und diesem Vertrag zu vermeiden, zwischenzeitlich erfolgte Änderungen des innerstaatlichen Rechts in den Vertragsstaaten (insbesondere hinsichtlich der Zuständigkeiten und Bezeichnungen der Behörden) zu berücksichtigen und in einzelnen Fragen Verbesserungen der Zusammenarbeit zu vereinbaren.

Die Nummern 1 und 8 aktualisieren die Bezeichnung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz.

Durch Nummer 2 wird Artikel 18 RHErgV aufgehoben, der die Nacheile regelt. Die Bestimmung ist obsolet, da die Nacheile nunmehr in Artikel 14 geregelt wird.

Die Vorschriften über die grenzüberschreitende Observation werden durch Nummer 3 erneuert. Durch Buchstabe a werden Artikel 19 Absatz 1 und 2 des RHErgV neu gefasst, Anpassungen an geänderte Behördenzuständigkeiten vorgenommen und Differenzen in den bislang geltenden Sprachfassungen bereinigt. Der Anwendungsbereich wird gegenüber der alten Fassung und gegenüber Artikel 40 SDÜ dahin gehend erweitert, dass auch eine grenzüberschreitende Observation von Sachen sowie die Fortsetzung einer in einem dritten Staat begonnenen grenzüberschreitenden Observation ausdrücklich erfasst werden. Eine weitere wesentliche rechtliche Neuerung besteht darin, dass die Frist verlängert wird, nach deren Ablauf die Observation einzustellen ist, wenn der Einsatzstaat keine Zustimmung erteilt hat. Die Fristverlängerung trägt den Erfordernissen der Rechtspraxis Rechnung. Es hat sich gezeigt, dass eine Reaktion des Einsatzstaates innerhalb von fünf Stunden und während der Nachtzeit von den Vertragsstaaten nicht sichergestellt werden kann. Da eine Fristverlängerung aber mit einem Souveränitätsverzicht des Einsatzstaates verbunden ist und ein angemessener Grundrechtsschutz von deutschen Bürgerinnen und Bürgern, die von Observationen durch die Tschechische Republik betroffen sind, gewahrt bleiben muss, erfolgt eine Verlängerung der Frist von bisher „fünf Stunden nach Grenzübertritt“ auf „zwölf Stunden nach Grenzübertritt“, wobei – wie in Artikel 14 Absatz 6 – die Stunden zwischen 21 Uhr und 9 Uhr nicht mitzählen. Eine Neuregelung enthält Buchstabe b auch für den Fall, dass die grenzüberschreitende Observation ausschließlich mit technischen Mitteln, d. h. ohne physische Verfolgung der zu observierenden Person durch Polizeibeamte, erfolgt. Dies kann beispielsweise der Fall sein bei einer Ausstattung von Kraftfahrzeugen mit Peilsendern, die über die Staatsgrenzen hinaus Signale senden, sodass für die Durchführung der Überwachung keine technische Hilfe durch den Einsatzstaat erforderlich ist. Hierfür ist in Anlehnung an Artikel 20 des Übereinkommens vom 29. Mai 2000 über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU-RhÜbk) (BGBl. 2005 II S. 650, 651) und der dort geregelten grenzüberschreitenden Überwachung der Telekommunikation ohne technische Hilfe des Einsatzstaates eine Mitteilungspflicht der überwachenden Vertragspartei vorgesehen sowie die Verpflichtung, die Observation unverzüglich einzustellen, wenn der Einsatzstaat dies verlangt. Die Verwendung der Observationsergebnisse bedarf grundsätzlich der vorherigen Zustimmung des Einsatzstaates. Durch Buchstabe c wird die Bezeichnung der Behörden aktualisiert.

Die durch Nummer 4 bewirkte Änderung der Verweise wird aufgrund der durch Nummer 3 erfolgten Änderung des Artikels 19 erforderlich.

Die durch Nummer 5 vorgenommene Änderung ist aufgrund einer Änderung des innerstaatlichen Rechts der Tschechischen Republik erforderlich. Neben dem „agent“ findet Artikel 21 RHErgV nunmehr auch auf eine Person Anwendung, die eine Scheinübertragung durchführt. Diese Scheinverkäufer sind nach tschechischem Recht verdeckte Ermittler, die nur zu einer bestimmten Handlung, nämlich dem Scheinverkauf, befugt und damit nicht über einen längeren Zeitraum eingesetzt sind.

Durch Nummer 6 werden die Artikel 22 und 23 RHErgV aufgehoben. Artikel 22 RHErgV entfällt wegen mangelnder praktischer Anwendung ersatzlos. Die Gründung gemeinsamer Fahndungsgruppen richtet sich nach den Artikeln 10 und 11 des Vertrages über die polizeiliche Zusammenarbeit; die Gründung gemeinsamer Ermittlungsgruppen richtet sich nach Artikel 13 des EU-RhÜbk. Artikel 23 RHErgV wird ebenso wie Artikel 18 RHErgV in den Vertrag über die polizeiliche Zusammenarbeit verschoben, wo sie zutreffender verortet sind.

Die Nummer 7 enthält redaktionelle Änderungen des Artikels 31 Absatz 2 RHErgV, da die dortigen Verweise angepasst werden müssen.

Teil III

Schlussbestimmungen

Zu Artikel 32 – Beilegung von Streitigkeiten

Streitigkeiten zu den Teilen I und III sind durch Verhandlungen zwischen dem deutschen und dem tschechischen Innenministerium, andernfalls auf diplomatischem Wege beizulegen. Auf Teil II findet Artikel 32 RHErgV Anwendung.

Zu Artikel 33 – Evaluierung der Durchführung des Vertrages

Die Bestimmung sieht vor, den Vertrag bei Bedarf zu evaluieren. Turnusmäßige Evaluierungen sind nicht erforderlich.

Zu Artikel 34 – Durchführungsvereinbarungen

Absatz 1 ermöglicht es, Detailregelungen über die Anwendung einzelner Artikel der Teile I und III in Durchführungsvereinbarungen näher auszugestalten. Für Teil II, der die justizielle Rechtshilfe betrifft, gilt Artikel 34 nicht. Durchführungsvereinbarungen können sowohl in Form eines gesonderten Vertrages als auch durch ministerielle Absprachen unterhalb der vertraglichen Ebene geschlossen werden. Durchführungsvereinbarungen sollen insbesondere über die Zusammenarbeit im Gemeinsamen Zentrum (Artikel 5 Absatz 5), über die Zusammenarbeit im Bereich der Ordnungswidrigkeiten (Artikel 6 Absatz 3) sowie zur Festlegung des Grenzkontrollraums (Artikel 21 Absatz 3) geschlossen werden.

Absatz 2 bestimmt, dass die bereits bestehende Vereinbarung vom 13. Februar 2012 über das Gemeinsame Zentrum als Durchführungsvereinbarung im Sinne des Artikels 34 gilt. Die Vereinbarung vom 13. Februar 2012 (BGBl. 2012 II S. 219, 220) gilt damit auch nach Inkrafttreten des Vertrages fort.

Zu Artikel 35 – Verhältnis zu anderen völkerrechtlichen Übereinkünften und zum Recht der Europäischen Union

Dieser Artikel stellt klar, dass Rechte und Pflichten der Vertragsstaaten aus anderen völkerrechtlichen Übereinkünften sowie die sich aus dem Recht der Europäischen Union ergebenden Verpflichtungen unberührt bleiben.

Zu Artikel 36 – Außerkrafttreten von völkerrechtlichen Übereinkünften

Dieser Artikel sieht vor, dass mit dem Inkrafttreten dieses Vertrages folgende Verträge oder Bestimmungen außer Kraft treten:

Das Abkommen vom 13. September 1991 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität (BGBl. 1993 II S. 37, 38) tritt im Verhältnis zwischen den Vertragsstaaten außer Kraft, da für dessen Bestimmungen neben den Bestimmungen dieses Vertrages kein eigenständiger Anwendungsbereich verbleibt.

Der Vertrag vom 19. September 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Zusammenarbeit der Polizeibehörden und der Grenzschutzbehörden in den Grenzgebieten (BGBl. 2002 II S. 790, 791) wird durch diesen Vertrag vollständig ersetzt.

Der Vertrag vom 19. Mai 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr (BGBl. 1996 II S. 18, 19) ist durch die nach Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union erfolgte Abschaffung der Grenzkontrollen an den Binnengrenzen am 21. Dezember 2007 weitgehend obsolet geworden. Die Zusammenarbeit bei der vorübergehenden Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen wird durch Artikel 21 neu geregelt.

Neben den in diesem Vertrag geregelten Bestimmungen bedarf es des Artikels 4 Absatz 3 bis 7 und der Artikel 14 und 16 des Vertrages vom 19. Juni 1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über den Eisenbahnverkehr über die gemeinsame Staatsgrenze und über den erleichterten Eisenbahndurchgangsverkehr (BGBl. 2000 II S. 1289, 1291) nicht mehr. Um Inkongruenzen zu vermeiden, sollen diese Bestimmungen ebenfalls aufgehoben werden.

Zu Artikel 37 – Inkrafttreten und Kündigung

Dieser Artikel enthält die üblichen Schlussklauseln zu Ratifikation, Inkrafttreten, Geltungsdauer und Kündigung des Vertrages sowie zu dessen Registrierung bei den Vereinten Nationen.

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333